

# Der Zimmerer.

Organ des Verbandes deutscher Zimmerleute (St. Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Bestellgeld Mk. 1,50. Anzeigen: die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Fehlfelderstraße 28, I.

Nr. 20.

Hamburg, den 18. Mai 1895.

7. Jahrgang.

**Inhalt:** Zur Erforschung der baugewerblichen Mißstände. — Die Schwierigkeiten, mit denen die Berliner Zimmererbewegung zu kämpfen hat. — Staat und Städte als Muster-Arbeitgeber in England. — Berichte. — Baugewerbliches. — Sozialpolitisches. — Gewerkschaftliches und Lohnbewegung. — Polizeiliches und Gerichtliches. — Arbeiterversicherung. — Vermischtes. — Literarisches. — Briefkasten. — Versammlungs-Anzeiger. Anzeigen. — Verkehrslokale.

## Lohnbewegung.

Zugung ist fernzuhalten: In **Bremerhaven** (Lehe-Geestemünde) von den Schmidt'schen Bauten, in **Düsseldorfer** von den Pläßen Philipp Fuchs, Wunsch, Frank und Th. Finzen Sohn, in **Flensburg** vom Platz Niessen, von **Sever**, in **Trethoe** von der Zementfabrik, in **Ludwigs-hafen** vom Kutzer'schen Platz, von **Nürnberg**, in **Wandsbek** vom Koch'schen Platz und in **Sinschenfelde** vom Hartmann'schen Platz.

## Bekanntmachung.

Die Lokalverbände in Süddeutschland machen wir hierdurch darauf aufmerksam, daß Kamerad Bringmann nach Pfingsten eine Agitationstour durch Süddeutschland unternehmen wird. Falls ein Lokalverband in der Lage ist, in einem oder mehreren Nachbarorten Versammlungen veranstalten zu können, so bitten wir um recht baldige Mittheilung darüber. Welchen Tag Kamerad Bringmann an den verschiedenen Orten sein wird, wird den betreffenden Lokalbeamten brieflich mitgetheilt.

Der Verbands-Vorstand.

## Zur Erforschung der baugewerblichen Mißstände.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die baugewerblichen Mißstände den Bauarbeitern bekannt sind. Man könnte auch vermuthen, daß die öffentliche Meinung und auch die Gesetzgeber durch die Klagen über diese Mißstände sich veranlaßt fühlen, sich mehr damit zu beschäftigen. Dem ist aber nicht so; man hört gelegentlich wohl einmal Worte des Bedauerns, dabei bleibt es aber.

Wo den baugewerblichen Mißständen einige Aufmerksamkeit gewidmet wird; da handelt es sich um Mißstände, die in der Hauptsache die Unternehmer treffen, die „Bauhandwerksmeister“, wie man zu sagen pflegt. Mißstände, die hervorragend oder ausschließlich die Bauarbeiter treffen, werden kaum erwähnt. Es bleibt also nichts weiter übrig, als die Bauarbeiter müssen versuchen, sich Gehör zu erzwingen.

Unter den obwaltenden Umständen ist das aber nur möglich, wenn recht viel authentisches Material über die baugewerblichen Mißstände zusammengetragen wird. authentisches Material über solche Mißstände vor allen Dingen, die ausschließlich die Bauarbeiter betreffen und sich auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsweise beseitigen lassen. Diese sind:

1. die Lohn- und Arbeitsbedingungen betreffenden;
2. die Unfallverhütung betreffenden;
3. die sanitären Verhältnisse auf Bauten betreffenden und

4. die den Schutz des Werkzeuges betreffenden Mißstände im Baugewerbe.

Die Aufgabe, authentisches Material über die angedeuteten Mißstände zusammenzubringen, ist natürlich nicht ganz leicht; wenn aber eine größere Zahl Bauarbeiter sich der Arbeit unterzieht, dann ist die Aufgabe wohl zu bewältigen. Es kommt zunächst auf einen zweckdienlichen Arbeitsplan an, der das Zusammenwirken vieler Personen ermöglicht.

Es leuchtet ein, daß die angedeuteten Mißstände durch einfache „Fragebogen“ nicht erforscht werden können. Es dürfte kaum möglich sein, einen Fragebogen zu verfassen, auf dem alle Mißstände angedeutet sind und der nur mit „Ja“ und „Nein“-Antworten ausgefüllt zu werden brauchte. Dazu sind die angedeuteten Mißstände zu mannigfaltig.

Es wird hier nichts weiter übrig bleiben, als die Methode der Berliner Arbeiter-Sanitätskommission zu akzeptieren. Diese Kommission veröffentlicht im „Vorwärts“ von Zeit zu Zeit Notizen wie die hier folgenden:

**Dresdenerstraße 38.** Klosets und Bissoir im Fabrikgebäude in schlechtem Zustande, die Wasserversorgung mangelhaft, kein Anschluß an die städtischen Wasserwerke, sondern aus einem Brunnen auf dem Grundstück. Wird die Leitung längere Zeit nicht benutzt, so ist das Wasser rostroth und gänzlich mangelhaft. Der Brunnen des Vorderhauses, der gutes Wasser liefert, ist von dem Fabrikgebäude etwa 60 Meter entfernt.

**Chausseestraße 23.** Für ca. 150 in Tischlereien und einer Maschinenfabrik beschäftigte Arbeiter nur ein offenes, dreißigiges Kloset, nicht beleuchtet und außerordentlich unsauber. Für die Bewohner des Vorderhauses sind jedoch vier verschlossene Klosets reservirt.

**Halle'sches Ufer 26, r. Seitenflügel, 2 Tr.** Die Küche, nach drei Seiten frei, dicht mit Pilzen besät, ebenso die eine Wand der Mittelstube. Die Wohnung ist ungesund, die Wände müßten isolirt werden.

**Grüner Weg 16, Vorderhaus Dachwohnung.** Die Wände der Stube sind naß und schimmelig. Die Fenster defekt. In der Küche kein Wasenabzug.

**Bernauerstr. 104, Vorderhaus, Kellerwohnung, 1,22 Meter unter dem Straßenniveau.** Wände naß und mit Pilzen besät. Die Frau klagt über Reizen.

**Mulackstr. 31/32.** In jedem Hause befinden sich drei Klosets, eins für das Vorderhaus mit etwa 9 Familien, zwei für das Hinterhaus mit etwa 12 Familien. Dieselben waren bisher sehr schmutzig. Infolge der Recherche ist jedoch die Reinigung von jetzt ab einer Frau übergeben worden.

**Staligerstr. 104. Luruspapierfabrik** von Vittauer u. Bohnen. Kloset, Bissoir und Waschbeden befinden sich gleich am Eingange zur Werkstat. Die ersteren haben mangelhafte Spülung. Das Waschbeden ist ein eiserner Behälter von 1 1/4 Meter Länge, 35 cm Breite. Dasselbe hat keinen Abfluß zur Kanalisation. Es wird des Morgens nur einmal gefüllt und den ganzen Tag nicht erneuert. Da trotz des Verbotes in Ermangelung anderer Gelegenheit Töpfe und Tassen darin gereinigt werden, so ist es natürlich voller Schmutz und des Abends zum Reinigen absolut nicht zu brauchen.

Zur präzisieren Information empfehlen wir Heft 6 und 7 der „Berliner Arbeiterbibliothek“, 3. Serie: „Berliner Wohnungsverhältnisse“ (Verlag des „Vorwärts“, Preis 35 M.).

Um nur einige spezielle Anbeutungen zu machen, wollen wir erwähnen, daß, soweit das Zimmergewerbe in Betracht kommt, vermerkt werden muß, wenn bei irgend einem Arbeitgeber kein Lohn gezahlt wird, wie das bei der gegenwärtigen Bau-schwindelei hundert- und tausendfach vorkommt; wenn ein Arbeitgeber versucht, unklare Akkorde zu oktroyen; Akkorde gelder innebehält, oder seine

Arbeiter ganz um dieselben betrügt; wenn ein Arbeitgeber den Arbeitslohn reduziert, unbecommene Einrichtungen bei der Lohnzahlung eingeführt hat, Straf gelder abzieht, oder mit einem Budiker in Verbindung steht, diesen zu Liebe etwaige Schulden vom Lohne abzieht usw.

Es muß vermerkt werden, wenn Poliere, Meister oder Bauherren den Arbeitern unwürdige Behandlung angedeihen lassen; wenn etwa die Arbeitszeit willkürlich ausgedehnt und dafür keine Bezahlung geleistet wird, wie das so häufig vorkommt, z. B. werden die Pausen oft um mehrere Minuten verkürzt, und Abends wird 1/4 oder 1/2 Stunde und noch länger über Feierabend hinaus gearbeitet; wenn etwa Arbeiten verlangt werden, welche die Kräfte des oder der Beauftragten übersteigen; wenn verlangt wird, auf Kosten der Qualität die Quantität der Arbeit zu steigern usw.

Mißstände auf Zimmerplätzen, die häufig Unfälle zur Folge haben, sind: leichtsinnig aufgebaute Holz- oder Bretterstapel; leichtsinniges Umpacken derselben beim Ausfuchen der Hölzer oder Bretter. Wo Maschinen im Gebrauch sind, wie z. B. Kreis-, Gatter- und Bandsägen; Hobel-, Nuth- und andere Maschinen, da fehlen nur zu häufig die Unfallverhütungsvorrichtungen. Dieselben werden auch oftmals von den Arbeitern selbst beseitigt, weil sie bei der Wurracherei hinderlich sind und der Arbeitgeber diese will.

Bei Bauten ist nicht selten schon der Platz gefährlich, wo das Holz angefahren werden soll. Der Platz ist mit Schutt-, Stein-, Sand- und Kalkhaufen belagert und durch Kalkgruben unsicher gemacht. Der Nichtebaum oder Kranh, der Flaschenzug und das übrige Tauwerk lassen nur zu oft recht viel zu wünschen übrig. Die Thür- und Fensterbogen sind meist schwach und sie werden beim Richten in hundert Fällen garnicht gesteißt, so daß beim geringsten Ausgleiten eines Balkens Gefahr für das Leben vieler besteht. Solche Gefahr wird auch herbeigeführt, indem Balken auf Wände gestossen werden, die nur einen halben Stein stark sind. Ebenso lebensgefährlich ist es, wenn während des Nichtens Maurer oder andere Arbeiter unter den Zimmerleuten arbeiten müssen, was nicht selten vorkommt. Ist der Bau über die erste Etage hinausgeführt, dann sind die Balken der ersten Etage nicht immer bedeckt. Stellenweise wird die Stattung (Fehlboden, auch Einschub genannt) gleich eingeschnitten, diese ist oft weit davon entfernt, die Lebensgefahr zu mindern; sie vergrößert diese nicht selten, indem so schlechtes Material dazu verwandt wird, welches kaum den Lehm und den Sand trägt, der später darauf geschüttet wird. Die Leiteraufgänge sind auch nur selten gehörig abgedeckt, und dieselben müssen häufig von Kalk- und Steinträgern und anderen Passagieren gemeinsam benutzt werden.

Auf Umbauten besteht erhöhte Lebensgefahr, weil da in der Regel Arbeiter der verschiedensten Bauberufe neben- und übereinander arbeiten, was keineswegs immer nothwendig ist.

In sanitärer Hinsicht bestehen schon auf den Zimmerplätzen insofern häufig Mißstände, daß kein gegen die Bitterung geschützter Ort vorhanden

ist, wo das Essen eingenommen werden kann. Oft wird für Trinkwasser nur mangelhaft oder garnicht gesorgt. Mitunter ist kein Abort vorhanden oder derselbe befindet sich in höchst unsauberem, ekelhaftem Zustande. — Auf Bauten trifft dies Alles noch öfter zu.

An den meisten Orten Deutschlands müssen sich die Zimmerer ihr Werkzeug selber halten, der Arbeitgeber schützt dasselbe nur selten gegen Diebstahl. Oft genug wird es sogar verboten, einen Werkzeugbehälter anzufertigen, so daß meist immer das Werkzeug dem Diebstahl ausgesetzt ist. Kurz, es bestehen tausende Mißstände im Baugewerbe, die allein schon die Zimmerer berühren; es wird sich mit einigem guten Willen in kurzer Zeit erdrückend viel authentisches Material darüber sammeln lassen.

Zur Sammlung solches Materials möchten wir hierdurch jeden Verbandskameraden auffordern. Zur Veröffentlichung des Materials sind wir jederzeit bereit. Es wäre uns recht erwünscht, wenn wir im „Zimmerer“ eine Rubrik speziell für Mißstände im Baugewerbe einrichten könnten. Für größere Orte ist zu empfehlen, daß Kommissionen speziell zu dem Zweck, einschlägiges Material zu sammeln, gebildet werden.

Außerdem wird es Aufgabe der Agitatoren sein, in allen Orten, die sie besuchen, auf die Wichtigkeit dieser Sache hinzuweisen und event. die nöthigen Anleitungen zu geben; wo es irgend angeht, selbst Bauten zu besuchen und über vorgefundene Mißstände Bericht zu erstatten. Jeder Bauarbeiter muß mitwirken!

## Die Schwierigkeiten, mit denen die Berliner Zimmererbewegung zu kämpfen hat.

-e. Es ist eine außerordentlich traurige Erscheinung, daß in der Hauptstadt Deutschlands, von der so oft gesagt wird, daß sie die Metropole des klassenbewußten Proletariats sei, die Zimmererbewegung verhältnißmäßig am meisten zu wünschen übrig läßt. Wenn wir deshalb versuchen, an dieser Stelle die Schwierigkeiten darzulegen, mit denen die Berliner Zimmererbewegung zu kämpfen hat, so werden die Leser des Blattes darüber nicht böse sein.

Es kann bei dieser Darlegung auch nicht darauf ankommen, die Hindernisse aufzuzählen und sie zu entschuldigen, sondern dieselben müssen, soweit sie in Quertreibereien einiger Personen bestehen, gebrandmarkt werden. Jeder Berliner Zimmerer, der es mit der Zimmererbewegung ehrlich meint, ist sich darüber einig, daß ein anderer Weg nicht mehr übrig bleibt.

Es muß zunächst hervorgehoben werden, daß die Schäden der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die für uns Zimmerer in der kapitalistischen Bauweise zum Ausdruck kommen, sich in einer Stadt, wie Berlin ist, am schärfsten fühlbar machen. Jede Errungenschaft der Gewerkschaftsorganisation wird hier am raschesten durch die kapitalistische Wirtschaftsweise wett gemacht.

Die größte Anzahl der Arbeiter, in der Schule schon zur ideologischen Geschichtsauffassung erzogen, ringt sich nicht zur völligen Erkenntnis des Wesens der kapitalistischen Wirtschaftsweise durch und ist deshalb um so eher geneigt, unzureichende Erfolge und gelegentliche Mißerfolge der Gewerkschaftsorganisation der Form derselben, oder gar den in der Organisation thätigen Personen zuzumessen. Finden sich dann noch Personen, welche diese Umstände zu irgend welchen Zwecken, die sie natürlich nicht nennen, ausbeuten, dann kann man sicher sein, daß die Bewegung auf Jahre hinaus gelähmt ist, das sie ein widerliches Chaos bildet.

Dieser Zustand herrscht, zum Gaudium der Ausbeuter, in Berlin schon seit Jahren!

Als der 1889er Zimmererstreik gescheitert war, was im Wesentlichen der mangelhaften Organisation zuzuschreiben ist, da wurde keineswegs die Lehre daraus gezogen, daß an der Ausbreitung, an der Erstarkung der Organisationsarbeit gearbeitet werden müsse, sondern im Gegentheil, der verloren gegangene Streik lieferte Stoff zu Organisationsformstreitereien.

Das folgende Streikjahr 1890, das alle einsichtigen Zimmerer zu der Einsicht bringen mußte, daß zu solchen Streitereien absolut keine Zeit war, zeitigte die Vereinigung zwischen Freier Vereinigung und Verband; für die kleine Berliner Clique lieferte dieses Jahr dagegen Stoff zu weiteren Streitereien.

Die Clique verlor indeß zusehends an Einfluß, so daß die Zimmererbewegung von dieser Seite her zur Ruhe zu kommen schien. Im Allgemeinen wurden die richtigen Konsequenzen aus den Streikjahren gezogen; allerwärts brach sich die Erkenntnis Bahn, daß die Zimmererorganisation leistungsfähiger gemacht werden müsse, daß der Einzelne mehr persönliche Opfer als bisher zu leisten habe. Der definitive Beschluß hierüber, der bekanntlich auf der Bremer Generalversammlung gefaßt wurde, diente zum Mittel der Clique, ihre „Existenzberechtigung“ in freundliche Erinnerung zu bringen.

Am 26. Juli 1893 wurde eine „Generalversammlung der Berliner Zimmerer“ zusammengekommen und diese beschloß, gegen den ausdrücklichen Protest der tatsächlich organisierten Berliner Zimmerer, einen „großen Zimmererverein“ für Berlin zu gründen. In Wirklichkeit war das nichts weiter, als eine Renovierung der im Erlöschen begriffenen „Freien Vereinigung“ der kleinen Clique.

Nun ging der Herrentanz los! Während die ganze gewerkschaftliche Welt sich darüber einig war, daß die Leistungsfähigkeit der Organisationen gehoben werden müsse, skunkerte die Clique den Berliner Zimmerleuten vor, es gehe mit geringen Beiträgen besser. Wir haben oft genug den Kopf geschüttelt über das Stichwort der Clique, das in den meisten ihrer Flugblätter lautet: „Das Einschreibegeld beträgt 30  $\mathfrak{M}$ , der wöchentliche Beitrag 10  $\mathfrak{M}$ . Gewiß eine geringe Summe!“ Ob diese Flugblätter von einem geliebten Marktschreier verfaßt worden sind, konnten wir nicht feststellen.

Gelegentlich des Danziger Zimmererstreiks zeigte sich dann auch die ganze Mißere der so viel genannten „Berliner Zimmererbewegung“. Der Vertrauensmann Fischer, der nichts weiter ist als der Handlanger der bezeichneten Clique, schrieb damals in einem Aufruf: „Leider hat sich bei unseren Kollegen eine große Laueheit bemerkbar gemacht, die wohl schlecht zu dem Geist, welcher unter den Streikenden herrscht, paßt. Kameraden! Nehmt Euch die Einigkeit der Danziger Zimmerer zum Beispiel.“ Kopfschüttelnd fragten wir uns untereinander: „Ist denn dieser „Vertrauensmann“ ein naives Kind?“ Erst heißt es, kommt nur her, es kostet bloß 10  $\mathfrak{M}$ , und jetzt macht sich eine große Laueheit bemerkbar?! In Berlin tödtet die Lächerlichkeit aber nicht!

Die Klage über die „Laueheit“ nahm sich aber um so dümmere aus, weil dieselbe Clique fortwährend in die Welt hinausposaunte, ihr „großer“ Verein zähle 800 Mitglieder und er sei noch immer im Zunehmen begriffen.

Daß derartige Marktschreiereien auch in den „Vorwärts“ lanzirt wurden, ist sehr zu bedauern, indessen können wir nicht umhin, dies zu konstatieren. Die Mittel der Clique müssen aufgedeckt werden. Genug, alle diese traurigen Machinationen eskelten die Verbandsmitglieder an, sie beteiligten sich an den sogenannten „Generalversammlungen der Berliner Zimmerer“ immer weniger. Die Mehrzahl sagte sich: Laßt die Herren Fischer & Co. vor eine ernste Frage kommen, da scheitern sie sofort; die Berliner Zimmerer bekommen so am sichersten die Augen auf.

Bekanntlich existirt auch ein Unterstützungsfonds der Berliner Zimmerer. Dieser wird von Fischer verwaltet. Die Verbandsmitglieder trugen zu dem Fonds kräftig bei, bis sie gewahr werden mußten, daß dieser Fonds nur agitatorischen Zwecken für den „großen“ Verein diene. Jeder Pfennig, den Verbandsmitglieder zu diesem Fonds zahlten, diente also als Mittel gegen sie selbst. Als die Beiträge deshalb immer spärlicher eingingen, erhob die Clique ein großes Geschrei, daß die Verbandsmitglieder zur Bekämpfung der Unkosten für spezielle Berliner Angelegenheiten nicht

beitragen wollten. Wir haben über den „gutgemeinten“ Uk oftmals herzlich gelacht.

Ueber die unerhörten Auftritte der Clique in den Versammlungen ist oft genug ausführlich Bericht erstattet, so daß wir nicht noch extra darauf zurückzukommen brauchen.

Trotzdem und alledem erreichte die Gesellschaft ihren Zweck nicht, unser Lokalverband erhielt sich nicht nur, sondern er hat an Mitgliedern zugenommen. Der „große“ Verein mußte dagegen verhältnißmäßig schnell seine angebliche Mitgliederzahl reduzieren; die Macher gestanden ein, daß sie nur 450 Mitglieder hinter sich hätten. Die abgerundete Zahl beweist indessen schon, was sie werth ist.

Je weniger Erfolge, je radikalere Mittel werden erwähnt! Das ist bekanntlich der Grundsatz aller Intriganten. Diesem unfruchtbaren Boden entsproß das letzte Flugblatt, aus dem wir in der letzten Nummer einige Auszüge brachten; ihm entsproß die letzte „Generalversammlung der Berliner Zimmerer“, von der wir berichteten.

Wir haben nicht wenig gestaunt, daß Leute, die „auf dem Boden der modernen sozialistischen Arbeiterbewegung“ zu stehen vorgeben und die ganz richtig sagen, daß wir uns „in ein festes Ganzes zusammenschließen, d. h. in einer großen einheitlichen Organisation vereinigen“ müssen, „um dem Unternehmertum, den Ausbeutern unserer Arbeitskraft, energisch entgegenzutreten zu können“, in demselben Athem weiter salbadern: wir dürfen uns nur dem Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend anschließen, keiner anderen Organisation! Dazu gehört entweder eine Verschmittheit sondergleichen, oder eine mehr wie kindliche Naivetät, indessen werden wir zeigen, was sich dahinter versteckt.

Man muß zunächst noch im Auge behalten, daß auch behauptet wurde, daß die Berliner Kameraden bei allen Kämpfen, die sie durchgemacht haben, auf sich selbst und auf die übrigen Berliner Arbeiter allein angewiesen gewesen wären. Das ist nun einfach nicht wahr. Das muß sogar der Mann wissen, unter dessen Namen diese Lüge kolportirt wird. Obwohl der Vertrauensmann nicht aus Berlin, sondern ganz wo anders herkommt, und obwohl er nur erst einen Streik in Berlin mitgemacht hat — denn er hat sich erst im Februar 1889 einer Organisation angeschlossen —, muß er wissen, daß da gelogen ist. Wüßten wir es nicht aus den Abrechnungen, daß die organisierten Zimmerer in ganz Deutschland zu dem 1889er Streik recht wirksam geopfert hatten, dann wüßten wir es aus persönlicher Erfahrung, daß mancher Nichtberliner mehr für die Berliner Kämpfe gethan hat, als dieser „Vertrauensmann“, der es geschehen läßt, daß unter seinem Namen die organisierten Zimmerer ganz Deutschlands beleidigt werden.

Warum nun diese Inkonsequenzen und Unwahrheiten? Ganz einfach. Fischer & Co. wissen, daß ihr Publikum zum großen Theil noch keine Kämpfe mitgemacht hat, denn in sechs Jahren hat der großartige Personenwechsel hunderte neue Kameraden herbeigefördert; und sie wissen, daß sie diese Kameraden am sichersten mit einem Appell an den Egoismus ködern. Daß sie damit den Bestrebungen der gesammten modernen Arbeiterbewegung stracks entgegenarbeiten, wissen sie sehr wohl, indessen liegt ihnen daran soviel nicht — wenn nur der „große“ Verein Mitglieder behält.

Zu der „Platzdeputirten-Organisation“, die in der letzten „Generalversammlung der Berliner Zimmerer“ von Adolf Schulze, den der „Vorwärts“ „den aus der Zimmererbewegung alther bekanntem Genossen“ nennt, mit der Miene eines Erfinders präsentirt wurde, werden wir uns in einer der nächsten Nummern beschäftigen. Für heute wollen wir nur noch bemerken, daß wir glauben, gezeigt zu haben, daß es nicht leicht ist, in Berlin zu einer erspriechlichen Bewegung zu kommen. Indessen geht auch aus unseren Darlegungen hervor, daß die Hindernisse zu beheben sind, daß sie geradezu von selbst verschwinden werden, wenn sich die Clique abgewirksam hat. Und das kann nicht mehr lange dauern; die Mittel, die sie jetzt anwendet, zeigen, daß sie

bereits auf dem letzten Boche pfeift. Mittlerweile werden die einsichtigeren Kameraden, die nach wie vor zum Verbande halten, nicht nur versuchen, diesen zu erhalten, sondern noch auszubehnen, damit dem Unternehmertum nicht der Triumph zu Theil wird, daß die Berliner Zimmerleute vollständig zersplittert sind.

### Staat und Städte als Muster-Arbeitgeber in England.

Der Grundsatz, daß der Staat und die Gemeinde, soweit sie als Arbeitgeber direkt thätig sind, den privaten Arbeitgebern ein Muster in der Höhe der Löhne und der Kürze der Arbeitszeit, sowie in der sanitären Beschaffenheit der Arbeitsstätten sein sollen, ist, so alt er auch sein mag, doch erst in den letzten Jahrzehnten, seitdem die organisierten Arbeiter in weiterer und weiterer Ausdehnung dem Sozialismus sich zuwenden und an dem politischen Leben, sei es der kleineren Selbstverwaltungskörper, sei es der Grafschaftsräthe, sei es des Staates selbst theilnehmen, zu größerer Geltung gekommen. Ist ja doch auch das moderne System der Selbstverwaltung, das der Arbeiterklasse erst ihr Wahlrecht und damit die Möglichkeit direkter politischer Thätigkeit gab, kein sehr altes in England. Das Gesetz, welches die Verwaltung der Municipalitäten regelt, datirt vom Jahre 1882, das Gesetz, welches die Grafschaftsräthe einsetzt, vom Jahre 1888, und gerade die zweite Hälfte der 80er Jahre war es auch, welche dem neuen Unionismus das Leben gab.

Das Verdienst, den Kampf für „anständige Löhne“ gegen die Regierung im Jahre 1884 aufgenommen zu haben, gebührt dem damaligen Sekretär der Londoner Sebergewerkschaft, Drummond. In Verbindung mit dem Parlamentarischen Komitee des Trade-Unions-Kongresses gelang es ihm durchzusetzen, daß bei einer Revision der Regierungskontrakte für Drucksachen diesen die Löhne seiner Gewerkschaft zu Grunde gelegt wurden. Trotzdem wurden die Kontrakte einem „geschlossenen Hause“, welches keine Gewerkschaftler beschäftigt, gegeben. Drummond setzte den Kampf noch längere Zeit fort; die Forderung aber, daß die Behörden Gewerkschaftslöhne zahlen sollten, verbreitete sich mit großer Schnelligkeit in der Welt der Trade Unions. Das Vorgehen der Londoner Schulbehörde, welche ihre Druckkontrakte im Oktober 1886 einem Hause gegeben hatte, das keine „anständigen Löhne“ zahlte, veranlaßte bereits den Londoner Gewerkschaftsrath zu einer allerdings vergeblichen Deputation. Zwei Jahre später gelang es, ein Mitglied der Londoner Sebergewerkschaft, Cook, als Vertreter der Gewerkschaftslöhne in die Londoner Schulbehörde zu wählen.

Derselbe begann auch in Verbindung mit den beiden Sozialisten der Behörde, Mrs. A. Besant und dem Rev. St. Headlam, auf's Energischste einen Feldzug gegen das Schwitzsystem der Kontrakte. Gleich in der ersten Sitzung dieser Behörde wurde auf seinen Antrag ein von dem Baukomitee empfohlener Kontrakt an dieses zurückgewiesen und diesem der Auftrag gegeben, sich über die Höhe der von dem in Frage stehenden Unternehmer gezahlten Löhne, sowie über die der Gewerkschaftslöhne zu informiren, und in einer späteren Sitzung ein ähnlicher Antrag für alle Kontrakte angenommen. Das Baukomitee erstattete seinen Bericht am 31. Januar 1889 und empfahl, da der Kontraktor keine anständigen Löhne zahlte, die Ablehnung des Kontrakts. Es machte ferner den Vorschlag, daß in Zukunft ein jeder Unternehmer in einem Kontraktformular eine Erklärung des Inhalts abzugeben hätte, daß er den von ihm beschäftigten Arbeitern nicht weniger als den in dem Gewerbe anerkannten Minimallohn zahle. Die Höhe dieser Minimallohne wurde in einem besonderen Schema in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaftslöhnen festgesetzt. In ihrer Sitzung vom 7. Februar 1889 nahm dann die Schulbehörde die endgültige Resolution an. Da dieselbe, soweit ich gewahr bin, die erste war, in der eine öffentliche Behörde in England den von ihr beschäftigten Unternehmern die Höhe der zu

zahlenden Löhne vorschrieb, möge dieselbe in ihrer ganzen Ausdehnung folgen:

„Wo die Londoner Lohnskala in Kraft ist, soll der Unternehmer den von ihm beschäftigten Arbeitern nicht weniger als die in den verschiedenen Gewerben anerkannten Minimallohne zahlen. In allen anderen Distrikten, wo die Londoner Lohnskala nicht in Kraft ist, soll der Unternehmer den Arbeitern und allen anderen von ihm in Verbindung mit seinem Kontrakt beschäftigten Arbeitern nicht weniger als den Minimallohn zahlen, der zur Zeit gebräuchlich ist und allgemein den Arbeitern gezahlt wird.“

So war es also die Londoner Schulbehörde von 1888/89, welche die Bahn in dieser Richtung brach. Leider brachten die Wahlen von 1891 die Gemäßigten in einer Majorität zurück, und damit hatte die vernünftige Arbeiterpolitik ein Ende erreicht. Die Führung ging nunmehr auf die progressive Majorität des Londoner Grafschaftsrathes über, dessen Verhandlungen in dieser Angelegenheit wir jetzt zu folgen haben. In seiner Eigenschaft als großer Arbeitgeber sah sich der Londoner Grafschaftsrath sehr bald gezwungen, Stellung in den verschiedenen die Arbeiterpolitik betreffenden Fragen zu nehmen, und der kleinen Gruppe von Sozialisten und Arbeiterdeputirten ist es mit großem Erfolge gelungen, die progressive Majorität in die Wege einer thatsächlich progressiven Arbeiterpolitik zu leiten. Trotz der zahlreichen Angriffe, welche Mitglieder der S. D. F. und der I. L. P., zum Theil in wenig begründeter Weise, gegen dieselbe, besonders bei den letzten Wahlen (2./3. 1895) geschleudert haben, konnte im Allgemeinen, besonders wenn man nicht negirt, daß die Majorität des Grafschaftsraths Bourgeois sind, welche in erster Linie doch Bourgeoisinteressen vertreten, gegen sie wenig eingewandt werden. Nach einer doppelten Richtung hin haben wir das Verhalten des Londoner Grafschaftsraths zu betrachten, einmal in seiner Stellung als direkter Arbeitgeber — einige Tausende von Arbeitern stehen in seinen Diensten — und in seiner Stellung gegenüber den indirekt durch die Vermittelung der Unternehmer von ihm beschäftigten Arbeiter, deren Zahl natürlich eine bei Weitem größere ist.

Was nun die ersteren angeht, so war man zunächst bemüht, ihnen eine möglichst weit gehende Sonntagsruhe zu sichern, und durch Beschluß vom 21. Oktober 1890 wurde für die in den Mühlen, Schulen, Parks, Feuerwehr, Kanalabfuhr u. s. f. Beschäftigten eine Neueintheilung ihrer Dienststunden am Sonntag in der genannten Absicht angeordnet. Weiter ging der Grafschaftsrath am 5. Mai 1891, wo er auf einen Bericht des Parkkomitees hin die wöchentliche Arbeitszeit auf 48 Stunden während der 3 Wintermonate und auf 54 Stunden während der 9 übrigen Monate reduzirte und die Löhne derart erhöhte, daß dieselbe nunmehr für die Gärtner 27 sh. im Winter und 28 sh. im Sommer, für die Parkwächter 24 sh. betragen, und den Lohn für die Stunde Ueberzeit auf  $6\frac{3}{4}$  d. resp. 6 d. festsetzte. Zu einem vorläufigen Abschluß brachte dann dasselbe Komitee die Lohnfrage, indem es für Parkarbeiter, Parkwächter und Thorschließer den Lohnsatz von 6 d. pro Stunde (Hälfte desselben bei Krankheit und 7tägigen Urlaub mit voller Zahlung) empfahl und zur Annahme brachte. Durch diese Beschlüsse wurde der jährliche Betrag der Arbeitslöhne allein für Parkbeamte von 48 000 Lstr. auf 54 000 Lstr. d. h. um den achten Theil, gesteigert. Ähnlich wie das Parkkomitee trat auch das Feuerwehr-Komitee für die von ihm beschäftigten Leute ein. Durch Beschluß vom 23. Juni 1891 wurde die Gesamtlohnsumme um 5200 Lstr. erhöht. Der Minimallohnsatz der ungelerten Arbeiter beträgt daher jetzt im Allgemeinen 6 Pence pro Stunde, wozu noch eine Reihe besonderer Vergünstigungen, wie Urlaub, Beihilfe zu Alterspensionen ufw. hinzukommt.

Daß diese Resultate nur durch konstanten Druck der Gewerkschaften — eine spezielle Gewerkschaft der vom Grafschaftsrath beschäftigten Arbeiter entstand im Jahre 1890 — auf die progressiven Mitglieder derselben, sowie der rastlosen Thätigkeit der Arbeiterdeputirten und Sozialisten zu

danken ist, braucht hier kaum erwähnt zu werden. Nicht unerwähnt aber wollen wir hier die Thatsache lassen, daß viele der Parkarbeiter, die, wie wir zeigten, bedeutend besser gestellt sind als die Mehrzahl der ungelerten Arbeiter, ihre freie Zeit zu Ueberzeitarbeit bei Privatleuten benutzen. Dieser Mißbrauch fand besonders in John Burns einen energischen Gegner, und seinen Bemühungen ist es im Wesentlichen zu danken, daß ein solcher Ueberzeitarbeit verbietender Beschluß des Grafschaftsraths im Vorjahre gefaßt wurde; daß andererseits Burns sich dadurch viele Feinde unter den Parkbeamten seines Wahlbezirkes gemacht, beweisen die letzten Wahlen zum Grafschaftsrath, in denen seine frühere Majorität um über 1000 Stimmen reduziert wurde.

Von noch weitgehenderer Bedeutung ist das Verhalten des Grafschaftsrathes in der Lohnfrage gegenüber den Unternehmern. Bereits am 3. März 1889 nahm er eine Klausel an, welche im Wesentlichen mit der oben angeführten Resolution der Londoner Schulbehörde übereinstimmte. Da aber die unklare Fassung derselben die bessere Klasse der Unternehmer von den Submissionen fernhielt, so ersetzte auf Antrag J. Burns der Grafschaftsrath dieselbe durch eine andere (27. Mai 1892), welche von allen Unternehmern die Unterzeichnung einer Erklärung verlangte, daß sie Gewerkschaftslöhne zahlten und die von den Trades-Unions anerkannte Arbeitszeit beobachteten, und das Verlegen dieser Vorschriften durch Geldstrafen ahndete. Die Resolution wurde zur näheren Ausführung einem besonderen Comité überliefert, das ein Submissionschema ausarbeitete und besonders die Frage ventilirte, wie man am besten die genaue Ausführung der Kontraktsklauseln hinsichtlich der Löhne und Arbeitszeit garantiren könnte. Als der juristisch sicherste Weg stellte sich die Ausarbeitung und Annahme einer speziellen geschäftlichen Ordnung für Submissionen heraus. In derselben sind die folgenden allgemein gültigen Punkte festgesetzt. Der Grafschaftsrath führt eine Liste über die Lohnhöhe und Arbeitszeit, welche der Rath selbst, sowie seine Unternehmer bei allen Arbeiten innerhalb eines Radius von 20 englischen Meilen zu bezahlen und zu beobachten hat. Werden Arbeiten außerhalb dieses Kreises ausgeführt, so sollen die von den Trades-Unions des betreffenden Distriktes anerkannte Lohnhöhe und Arbeitszeit gezahlt und beobachtet werden. Ueberzeitarbeit ist nur in Uebereinstimmung mit den Regeln der in Frage kommenden Gewerkschaften gestattet. Um zu verhindern, daß sich der erste Kontraktor diesen Bestimmungen durch theilweise oder gänzliche Weitervergebung seines Kontraktes entzöge, wurde solche ohne vorherige Genehmigung des Grafschaftsrathes gänzlich verboten und die Genehmigung davon abhängig gemacht, daß die Kontraktbedingungen auch von den Unterkontraktoren angenommen würden. Das ist die „anständige Lohnklausel“ des Londoner Grafschaftsrathes, die nach einem Bericht des Unterhauses von 1893 von 150 lokalen Behörden, deren Zahl sich seitdem aber bedeutend vermehrt hat, angenommen ist und in Anwendung gebracht wird.

So groß dieser Fortschritt auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik auch bezeichnet werden muß, und so segensreich seine weitgreifenden Folgen für einzelne Klassen von Arbeitern sein werden, so darf man dabei nicht übersehen, daß selbst bei Annahme dieser Klausel durch alle lokalen und öffentlichen Behörden, in gesteigertem Maße aber bei einer nur theilweisen sich eine ganze Reihe von Bedenken aufdrängt, die eines kurzen Eingehens wohl werth sind. Im November 1892 vergab der Londoner Grafschaftsrath die Konstruktion einer Eisenbrücke auf dem Wege der Submission an die mindestfordernde Firma. Da sich diese aber nicht zur Befolgung der Lohnklausel verpflichtet haben wollte, so mußte der Kontrakt als ungültig wieder aufgelöst werden. Die Firma steigerte ihre Forderung um 5750 Lstr. und erklärte sich dann zur Zahlung von Gewerkschaftslöhnen bereit. Da kein anderes Angebot vorlag, sah

sich der Grafschaftsrath zur Annahme der ersteren gezwungen. Der Londoner Steuerzahler hatte also die nothwendigen Werke um diesen Betrag theurer zu bezahlen, ohne daß ihm irgend ein Vortheil daraus zuzurechnen wäre, d. h. es wird auswärtigen Arbeitern auf Kosten der Londoner Steuerzahler, zu denen auch die Arbeiter gehören, ein Geschenk macht. Diesem Uebelstand konnte nun dadurch vorgebeugt werden, daß solche Kontrakte nur an Londoner Firmen vergeben werden, und eine dahin gehende Forderung ist thatsächlich auch von Arbeiterdeputirten ausgesprochen worden. Jede auswärtige Konkurrenz wäre aber damit ausgeschlossen und der Grafschaftsrath mehr wie je der Gnade einiger Privatfirmen überlassen, falls er sich nicht durch die direkte Ausfuhrung der Arbeiten in eigener Regie ohne Vergabung an einen Mittelsmann aus dem Dilemma ziehen will. Thatsächlich ist er denn auch durch die einfache Logik der Verhältnisse zu dieser Thätigkeit gedrängt worden. Bereits am 11. und 18. Oktober 1892 beschloß er, die Ausführung von Kanalisationsanlagen und den Bau von Arbeiterhäusern selbst zu übernehmen und beauftragte eines der ständigen Comités mit der Untersuchung der in Betracht zu ziehenden Verhältnisse. Die Einsetzung eines Comités für Bauten und andere Arbeiten (Work Committee) war der nächste Schritt, dessen rapide Entwicklung in den Jahren 1893 und 1894 wir hier nicht zu verfolgen haben.

Nun giebt es aber noch eine ganze Anzahl von Industrien, in denen die Organisation der Arbeiter außerordentlich zurück ist, und daher auch nicht von Trade-Union-Löhnen gesprochen werden kann. In erster Linie wäre hier das Bekleidungs-gewerbe zu nennen, wo das „Sweating“ in weitester Ausdehnung herrscht, aber die Lohnklausel ohne Wirkung sein würde. In diesen Fällen wendet der Grafschaftsrath eine besondere Klausel an, welche das Uebel des „Sweating“ in seiner Wurzel, der Hausarbeit, angreift. Die Unternehmer müssen sich bei einer Strafe von 50 Lstr. für jeden einzelnen Fall verpflichten, alle Arbeit in Verbindung mit dem Kontrakt in ihren eigenen Fabriken vornehmen zu lassen.

Diesen von uns in ihren Wirkungen auf lokale und andere öffentliche Körperschaften betriebenen Einflüssen, welche eine Hebung der Arbeitslöhne und Verkürzung der Arbeitszeit in erster Linie beabsichtigten, konnten sich auf die Dauer auch die staatlichen Betriebe nicht entziehen. Am 13. Februar 1891 faßte das Haus der Gemeinen eine Resolution, in der es sich gegen jedes „Sweating“ erklärte. Es heißt da:

„Nach der Ansicht dieses Hauses ist es die Pflicht der Regierung, in allen Regierungs-Kontrakten gegen die kürzlich von dem „Sweating-Comité“ enthaltene Uebelstände Vorkehrungen zu treffen, solche Bedingungen einzuschalten, die im Stande sind, die aus der theilweisen Weitervergebung der Kontrakte entstehenden Mißbräuche zu verhindern, und jede Anstrengung zu machen, eine solche Lohnzahlung zu sichern, wie sie in jedem Gewerbe für kompetente Arbeiter allgemein gültig ist.“

Durch die Annahme dieser Resolution war es den Mitgliedern des Hauses möglich, bei der Budgetberathung die Regierungs-Kontrakte mit Rücksicht auf die genannten Punkte einer scharfen Kontrolle zu unterwerfen, eine Möglichkeit, von der die radikalen und Arbeitermitglieder auch im weitesten Maße Gebrauch gemacht haben. Wenn trotzdem, besonders bei der Anfertigung von Kleidungsstücken für die Regierung das Schwitzsystem, gegen das in den letzten Monaten von Seiten der Schneider-Union eine lebhaftige Agitation geführt wurde, noch existirt, so ist daran in erster Linie die große Macht der Bureaokratie, sowie die Gleichgültigkeit der Arbeiter selbst schuld, die es noch immer vorziehen, irgend einem liberalen oder konservativen Bourgeois als einem Angehörigen ihrer Klasse ihre Stimme zu geben. Die verschiedenen Verwaltungsabtheilungen der Board of Trade, der Board of Works u. s. f. haben seitdem in ihre Kontrakte eine ständige Klausel gegen das Schwitzsystem und die theilweise Weitervergebung von Kontrakten aufgenommen.

Die Agitation für die Verkürzung des Arbeitstages, insbesondere für den Achtstundentag, zeitigte noch eine Frucht im Jahre 1894, die Einführung des letzteren in die dem Kriegsministerium und der Admiralität unterstehenden Fabriken, Werften, Docks und sonstigen Werkstätten. In der Sitzung des Unterhauses vom 5. Januar 1894 erklärte der Kriegsminister die Absicht der Regierung, die Arbeitszeit auf 48 Stunden pro Woche herabzusetzen, ohne an den bisherigen Löhnen etwas zu ändern. Es muß allerdings hervorgehoben werden, daß die Zahl der in den gesammten Etablissements gearbeiteten Stunden pro Woche nicht mehr als 53, im Durchschnitt 51 betragen, die Einführung eines Achtstundentages also nicht mit besonders großen Schwierigkeiten verknüpft war. Im Ganzen kam die Maßregel nur 42 000 Arbeitern beiderlei Geschlechts zu Gute.

Dieser kurze Ueberblick, in dem wir uns auf eine Darstellung der wichtigsten Verwaltungskörper zu beschränken hatten, beweist selbst in seiner Kürze und Unvollständigkeit zur Genüge die außerordentliche Wichtigkeit der Gewerkschaftsbewegung, sowie in noch höherem Grade die Nothwendigkeit für jede sozialistische oder Arbeiterpartei, sich der lokalen Verwaltungskörper zu bemächtigen. Gerade die Detailarbeit in diesen gewährt einer großen Anzahl von Personen eine Schulung, die für die weitere Entwicklung einer solchen Partei von größerer Bedeutung werden kann und deren nicht geringster Werth darin besteht, sie vor einer Verödung im revolutionären Kraftphrasenthum zu bewahren.

(„Der Sozialdemokrat.“)

## Berichte.

**Berlin.** Der hiesige Lokalverband hielt am Sonntag, den 5. Mai, seine Generalversammlung ab. Der Lokalassessor C. Bethke verlas zunächst die Abrechnung vom ersten Quartal, deren Richtigkeit von den Revisoren bestätigt wurde. Die Versammlung ertheilte Decharge. Die Wahl der Bezirksassessor sowie Zahlstellen ergab folgendes Resultat: Für den Osten: Zahlstelle 1, Ernst Bindner, Münchenerstraße 9, v. IV., Sonntags von 10—12 Uhr bei Rippke, Markusstraße 14. — Für den Süden: Zahlstelle 2, Joseph Schmidt, Laufherstraße 3, III., Sonntags von 10—12 Uhr bei Fritzenau, Reichenberger- und Manteuffelstraßen-Ecke. — Für Süd-West: Zahlstelle 3, August Wirth, Jossenerstraße 42, Quergeb. part., zu Hause. — Für den Westen: Zahlstelle 4, Ferdinand Buschke, Alvenslebenstraße 17, 2. Hof, 6. Aufgang, III., Sonntags von 10—12 Uhr bei Paulsch, Kulmstraße 36. — Für Nord-West: Zahlstelle 5, Carl Stehr, Stromstraße 88, IV., Sonntags 10—12 Uhr bei Lange, Stromstraße 28. — Für den Norden: Zahlstelle 6, Albert Charlet, Neue Hochstraße 5, v. IV., Sonntags 10—12 Uhr bei Hilgenfeld, Bergstraße 60; Zahlstelle 7, Max Leonhardt, Uferstraße 14, Sonntags bei Wille, Neue Hochstraße 32 a; Zahlstelle 8, August Weiß, Biondsirke 32, Keller, Sonntags 10—12 Uhr bei Buchholz, Wörtherstraße 39. — Für Nord-Ost: Zahlstelle 9, Romayta, Höchststraße 45, v. IV., Sonntags von 10—12 Uhr bei Feind, Weinstraße 11. — Für den Osten: Zahlstelle 10, Carl Bethke, Lokalassessor, Thürstraße 3, Quergeb. III. In den angegebenen Lokalen (zweite Adresse hinter den Namen der Kassirer) finden auch die Zusammenkünfte der einzelnen Bezirke statt, dort werden auch zu jeder Zeit neue Mitglieder aufgenommen, außer an dem ersten Sonntag in jedem Monat, weil dann unsere regelmäßigen Mitglieder-versemmlungen festgesetzt sind. Diese finden statt bei Schneider, Annenstraße 16. Jeder Zimmerer hat Zutritt, auch werden neue Mitglieder aufgenommen. — Die Kameraden Leonhardt und Stehr erstatteten hierauf Bericht von der Generalversammlung des Verbandes, an welchen sich eine längere Diskussion angeschlossen. Beschllossen wurde, so bald wie möglich eine außerordentliche Verbandsversammlung einzuberufen.

**Bremen.** Am 8. Mai tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Zunächst wurde eine Sache, die den Kameraden Herold betrifft, scharf getadelt. Dann wurde der Kamerad aus dem Verband ausgeschlossen. Nun verlas der Vorsitzende die Namen Derjenigen, die im Laufe des Jahres aus dem Verbands ausgeschlossen worden sind. In Hamburg sind davon Dauscher, Vinde-mann, Bergien, Hartmann, Gressler, Wohlberet, H. Gressler, Hansenberg, Karas, Friedbach, Schüller, H. Köster, H. Brach, Gebr. Matissen, Wagenhuber, W. Triebemann, Staufenberg, Otto Barge (Wauksüler), Fr. Gierau, P. Rätzig, E. Ring-Altona, Carl Rozinsky, H. Wagner, R. Brauer, Chr. Pauli, Paul. In Flensburg: Andresen, Bachmann, F. Schüller, Jordan. In Geestemünde: G. Petermann. In Oldenburg: Stenhop, Müdebusch, v. Halem und Raschen, Dahms, Ehlers, Heuermann, H. Ratjen, Hugo Kamerer, Joh. Wagner, Ultrad. In Bremen: Himmelskamp, S. Sanders, Waldek, W. Busch, Otto Herold, S. Hohenholz, Wättrich-Schweiz, Bocher, Alb.

Fischer, Carl Rudolph, Carl Baglotte. Danzig: Fr. Stubbe, Harburg: Joh. Müller, Rud. Jacobsen. Königsberg: S. Zinke, Martin, Drechsler, Herne. Betreffs der Agitationskommission bemerkte Kamerad Urmgart, daß dieselbe nicht richtig gehandelt habe; er forderte sie auf, dieselbe wieder gut zu machen. Dann erstattete Kamerad Windhorst Bericht von der Generalversammlung in Stettin. Ferner wurden noch mehrere Anträge und Fragen erledigt. Hierauf Schluß der Versammlung.

**Cassel.** Am 2. Mai tagte hier eine öffentliche Zimmerer-versammlung, in der Kamerad Jordan über Zustände im hiesigen Zimmerergewerbe und wie dieselben gebessert werden können, sprach. Am Schluß seiner Ausführungen forderte er die Anwesenden auf, sich dem Verbands anzuschließen; denn nur so sei es möglich, die gerügten Mißstände zu beseitigen. Mehrere Kameraden traten hierauf dem Verbands bei.

**Hamburg.** Am Dienstag, den 7. Mai, tagte im „Englisch-Tivoli“ unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Das verlesene Protokoll der letzten Versammlung wurde für richtig anerkannt. Vor Eintritt in die Tagesordnung verfuhrte sich zunächst ein Kamerad gegen die Vorwürfe zu verteidigen, welche ihm in der letzten öffentlichen Versammlung gemacht worden sind, weil er als Polier bei der italienischen Ausstellung in Hamburg die Arbeit nicht mit niedergelegt hatte. Diese Sache soll jedoch die nächste Versammlung erst regeln. Hierauf wurde vom Kassirer die Abrechnung vom ersten Quartal verlesen. Dieselbe ergab eine Einnahme, inklusive des alten Kassenbestandes, von M. 1828,31, der eine Ausgabe von M. 1181,92 gegenübersteht. Es verbleibt mithin für das zweite Quartal ein Kassenbestand von M. 191,39. Einwendungen gegen die Abrechnung wurden nicht gemacht. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung erstatteten die Delegirten in ausführlicher Weise den Bericht von der Generalversammlung. Denselben hier wiederzugeben, dürfte wohl überflüssig sein, indem die Presse bereits einen ziemlich vollständigen Bericht gebracht hat und ja auch in kürzester Zeit das gedruckte Protokoll erscheinen wird. Sodann berichtete der Vorsitzende, daß ihm die Mittelstellung gemacht sei, daß Rindler bei den Arbeiten auf der Binnenalster nicht das tarifmäßige Wassergeld zahle. Er (Redner) sei dann bei Rindler vorstellig geworden. Dieser habe ihn aber mit dem Bemerkten abgewiesen, daß die Arbeit nicht als Wasserarbeit zu betrachten sei. Selbst der Innungsvorstand soll Rindler gegenüber erklärt haben, es sei keine Wasserarbeit. Alle nachfolgenden Redner rügen die Mißstände, welche auf der Arbeitsstelle bei Rindler herrschen, und verurtheilen das Vorgehen Rindler's und seines Poliers Großbentner auf's Schärfste. Nur gingen die Meinungen, welche Schritte jetzt unternommen werden sollen, weit auseinander. Auch wurde dem Vorstand der Vorwurf gemacht, nicht seine Schuldigkeit in dieser Sache gethan zu haben, wegen Höchlich sich verhalten. Der Vorstand wurde sodann beauftragt, die ganze Angelegenheit der Öffentlichkeit zu übergeben, damit die öffentliche Meinung über das Verhalten Rindler's selbst urtheilen könne. Hierauf Schluß der Versammlung.

**Harburg.** Am Dienstag, den 7. Mai, tagte unsere Mitglieder-versammlung, die gut besucht war. Nachdem einige neue Mitglieder aufgenommen waren, wurde die Abrechnung vom ersten Quartal vom stellvertretenden Kassirer verlesen, weil der Kassirer krank ist. Die Abrechnung wurde von der Versammlung genehmigt. Hierauf erstattete der Delegirte Bericht von der Generalversammlung. Dann wurde vom Gewerkschaftsstellvertreter klargestellt, daß auf der Delsfabrik Heins und Usbeck die Arbeit wegen Lohnforderung eingestellt worden ist. Zugleich machte der Delegirte darauf aufmerksam, daß es unsere Pflicht sei, die Genossen in ihrem Kampfe zu unterstützen. Es wurden dann sofort M. 75 Unterstützung bewilligt. Ferner wurde beschlossen, die arbeitslosen Mitglieder auch im Sommer von Beiträgen zu befreien. Bei 14-tägiger Arbeitslosigkeit tritt, falls sich der betreffende Kamerad sich arbeitslos gemeldet hat, die Beitragsfreiheit ein. Dann wurde noch beschlossen, am Sonnabend, den 25. Mai, unser Stützungsfest im Lüssenhop'schen Lokale abzuhalten.

**Lehe-Geestemünde.** Am 28. April tagte unsere Versammlung, in der zunächst der Kassirer die Abrechnung vom 1. Quartal verlas, die Revisoren dann die Richtigkeit derselben bestätigten und die Versammlung Decharge ertheilte. Hierauf theilte Kamerad Wädger das Resultat des Streiks am Fischereihafen mit, worüber wir schon in einer früheren Nummer berichtet haben. Auch erstattete Kamerad Wädger den Bericht von der Generalversammlung, der sich mit dem deckt, der im „Zimmerer“ erschienen ist. Hierauf wurde mitgeteilt, daß während des Streiks drei Personen von Hamburg kamen, sich hier eine Abschlussumme geben ließen und trotzdem weiter arbeiteten. Sie heißen: Peter Sieleag, W. Lehmkuß und Rauch. Der Erstere nahm M. 3, die beiden Anderen je M. 6 Abschlußgeld. Das Waifest-Comité gab dann noch das Festprogramm bekannt. Nach Erledigung noch mehrerer Vereinsangelegenheiten wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

**Wannheim.** Unser Lokalverband hielt am Sonntag, den 5. Mai, eine öffentliche Bauhandwerker-versammlung ab, welche erfreulicherweise sehr gut besucht war. Genosse Keil hielt einen Vortrag über den Kapitalismus und die Bedrückung der Bauhandwerker. Redner legte klar, wie das Kapital und die Maschinen einen wahren Vernichtungskampf gegen die Arbeiter führen. Das Kapital sei mit Hilfe der Maschinen konkurrenzfähiger geworden, je toller aber der Konkurrenzkampf betrieben würde, je schneller komme das Kapital in immer weniger Hände. Der Druck auf die Arbeiter wird dadurch immer größer.

Mit den jetzt bestehenden Verhältnissen kann sich der Arbeiter nicht einverstanden erklären, und sei es aus diesem Grunde nothwendig, den indifferenten Arbeiter zum Eintritt in unsere Reihen aufzumuntern, um diese drückenden Verhältnisse schneller beseitigen zu können. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde von mehreren Versammlungsbesuchern die Thätigkeit eines gewissen Herrn Weber, ehemaliger Feldwebels, zur Zeit im Baugeschäft F. u. A. Ludwig als Plagemeister beschäftigt, besprochen. Derselbe hat sich am letzten Sonnabend früh vor 6 Uhr der Mühe unterzogen, die Einladungsplakate zu der Versammlung abzureißen, obwohl bestimmt anzunehmen ist, daß er von der Firma hierzu nicht beauftragt war. Denn die Firma kann ihren Arbeitern gegenüber seit ihrem Bestehen als die humanste am Plage bezeichnet werden. Außerdem soll Herr Weber seine militärische Bildung dadurch zum Ausdruck bringen, daß er die Arbeiter mit Vorliebe mit den Kosenamen Schafkopf, Perls usw. bedenkt. Der Herr scheint zu glauben, er wäre noch in der Kaserne und exerzire Rekruten ein. Daß diese Behandlung den Arbeitern nicht gefällt und geeignet ist, den guten Ruf der Firma zu untergraben, liegt auf der Hand. Deshalb ist zu hoffen, daß durch dieselbe dem Uebelstand abgeholfen wird.

**Brech.** Am 5. Mai tagte unsere Versammlung. Nachdem das letzte Protokoll verlesen wurde, da die Versammlung nur schwach besucht war, auf ein ausführliches Referat über die Generalversammlung verzichtet. Der Delegirte erläuterte nur einzelne Punkte, da in Kürze das Protokoll erscheinen werde und im „Zimmerer“ die Verhandlungen auch schon kurz mitgeteilt sind. Als dann wurden die letzten Abrechnungen verlesen. Der Kassirer erläuterte die einzelnen Punkte, welches von der Versammlung anerkannt wurde. Zum Schluß entspann sich noch eine zum Theil lebhaftige Debatte über den Werth der Organisation und der alten Kunst, da noch immer ein Theil der Kameraden den Verlust der alten Zeremonien nicht verschmerzen kann und nicht einsehen will, daß dieselben nicht mehr zeitgemäß sind. Hoffen wir, daß die Kameraden bald zu besserer Einsicht kommen.

**Schwerin.** Am Sonntag, den 12. Mai, feierte der hiesige Lokalverband sein 10jähriges Stiftungsfest. Dasselbe bestand aus heiteren und ersten Vorträgen und Tanz. Die Schweriner Polizei, väterlich wie immer, hatte nur die Zeit, von 6 Uhr Abends bis 1 Uhr Nachts freigegeben und dieser Zeit angemessen war das Programm recht reichhaltig. Einen recht guten Eindruck machte das Theaterstück: „Der 1. Mai auf dem Lande“, ebenso die verschiedenen Gesangsvorträge. Dies Alles zeigte, daß der Lokalverband in den zehn Jahren seines Bestehens auch die Gefelligkeit nicht vernachlässigt hat. Kamerad Bringmann hielt die Festrede, in der er nachwies, wie recht Johann Jacoby mit seinem Ausspruch hatte: „Die Gründung des kleinsten Arbeitervereins wird für den zukünftigen Kulturhistoriker eine größere Bedeutung haben, als die Schlacht bei Sabowa.“ Kamerad Bringmann gedachte auch des verstorbenen Genossen Demmler und seines Testaments. Demmler, zunächst bürgerlicher Demokrat, zeigte der Welt, daß sein Ideal keine leere Phrase war, er förderte speziell für Mecklenburg den Fortschritt im Baugewerbe ganz außerordentlich. Er ließ an den Vortheilen der fortschrittlichen Bauweise aber auch die Bauarbeiter theilnehmen, was sonst in der Regel kein Anderer thut. Er stiftete für die Maurer und Zimmerer einige Legate, die leider ihren Bestimmungen gemäß noch nicht in Wirksamkeit getreten sind. Demmler und das Schicksal seiner Legate charakterisire die Entwicklung der Bourgeoisie seit einem Menschenalter. Von hohen Idealen ausgehend, ist die Bourgeoisie bereits beim verwerflichsten Materialismus angelangt. Den Demmler'schen Erben steht nichts im Wege, die gestifteten Legate den Bestimmungen Demmler's entsprechend anzuwenden; sie ziehen es aber vor, sich nun schon Jahre lang in den Gerichten herumzuziehen; sie sind eventuell bereit, aus den Legaten das Gegentheil zu machen, als Demmler wollte. Dieser ging von der durchaus richtigen Idee aus, daß die Weiterentwicklung der Gesellschaft überhaupt von dem Erstarken der Arbeiterorganisation abhängt, darum wollte er mit seinen Legaten der Organisation helfen; seine Erben scheinen am Fortschritt keine Freude zu haben, daher sind sie geneigt, der Polizei, die bereits ein Stück Ideal der Bourgeoisie bildet, die Legate in die Hand zu geben. Es ist freilich auch nicht ausgeschlossen, daß die oft gehörte Vermuthung, die Erben zahlten die Legate am liebsten garnicht aus, keine leere Rede ist. Die Bourgeoisie ist fast allgemein auf dem Niveau angekommen: „Selber essen macht fett“. Das Beispiel von den Demmler'schen Legaten zeigt also drastisch, daß die Bourgeoisie unfähig ist, die Menschheit höheren Zielen zuzuführen, darum haben die Arbeiterorganisationen nicht nur die volle Existenzberechtigung, sondern sie sind bereits zur Kulturnothwendigkeit geworden. Den Schluß der Ausführungen bildete ein Hoch auf das weitere Gedeihen der Arbeiterbewegung, in das alle Anwesenden begeistert einstimmten. Da ein Festartikel nicht erscheinen wird, wollen wir noch mittheilen, daß der Lokalverband Schwerin 1885 im Sommer gegründet wurde. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 1885: 56, 1886: 44, 1887: 33, 1888: 47, 1889: 127, 1890: 104, 1891: 88, 1892: 81, 1893: 82, 1894: 65 und gegenwärtig 88. Unfähig sind in Schwerin etwa 120 Zimmerer, unsere Verbandskameraden bilden also das Gros der Schweriner Zimmerer. Wie die Zahlen zeigen, hat es schon Zeiten gegeben, wo nahezu alle Zimmerer Schwerins dem Verbandsangehörten. Dieses war, wie in der Regel anderwärts auch, in der Zeit der Lohnbewegung der Fall. Hoffen wir, daß es bald dahin kommt, daß auch bei anderen Zeiten alle Zimmerer dem Verbandsangehörten.

## Krankenkasse.

**Hamburg-St. Georg.** Am 20. April legte unsere Mitgliederversammlung (erster und zweiter Bezirk). Die Wahl des Vorsitzenden, sowie die Lokalfrage mußten wegen zu schwachen Besuchs bis zur nächsten Versammlung verschoben werden. Die Abrechnung vom ersten Quartal ergab ein Defizit von M. 119,76. Auf Antrag der Kassirer wurde beschloffen, in Zukunft die Versammlungen nur im „Zimmerer“ zu annonciren, und außerdem den Mitgliedern gedruckte Zettel zuzustellen, durch welche die Versammlung bekannt gegeben wird. Böhl ersuchte die Mitglieder, mehr an dem Unterstützungsfonds theilzunehmen.

## Baugewerbliches.

**Den Baugewerksmeistern** geht es immer noch nicht ganz schlecht. Der bekannte Innungs-Obermeister Rieß in Braunschweig versammelt seine Getreuen nach Blankenburg a. S. Sonnabend, den 18. Mai, geht der Rummel schon los.

An beiden Versammlungstagen, Sonntag, den 19. Mai und Montag, den 20. Mai, findet Mittags 2 Uhr gemeinschaftliche Tafel statt, denen sich Nachmittags Ausflüge in die schöne Umgegend Blankenburgs anschließen, auch werden die Blankenburger Freunde an einem der Versammlungstage „nach gewohnter Weise“ ein Konzert, an dem anderen Tage ein Tanzchen veranstalten.

Unseren Blankenburger Kameraden, welche die Nacht- mähne noch tief über ihr gewerkschaftliches Gewissen gezogen haben, empfehlen wir, sich den Klimbim anzusehen, damit auch sie Einblick bekommen, wie fein ihr saurer Schweiß schmeckt und wie lustig die Meister auf Kosten Anderer sein können.

**Die „gemeinnützige“ Baugesellschaft Hamburg- Veddel** konnte 4 pSt. Dividende bezahlen und die Dividende ist nun einmal bei jeder Gemeinnützigkeit die Hauptsache.

**Aus Altona** wird berichtet: Das Baugewerbe hat in der letzten Zeit fast vollständig darnieder gelegen. Jetzt scheint es sich ein wenig heben zu wollen, wie aus mehreren Anträgen bei der Baupolizei auf Ertheilung von Bautionsen zu schließen ist. So soll der freie Platz in der Zitrusstraße gegenüber Zitrus Buch mit großen Stagenhäusern bebaut werden und Ecke der Gr. Bergstraße und Präsident Krahnstraße will man ein großes Hotel, das za. 140 Zimmer erhalten soll, errichten.

**Noch etwas zum Königsberger Bauwesen** bringt die „Volks-Tribüne“. Als würdiger Genosse der Herren Tiez und Freese hat sich als Dritter im Bunde der Bauunternehmer oder „Bautechniker“, wie er sich gerne nennt, Herr Schwaal gefunden. Selbiger übertrifft fast noch die beiden ersten Herren, was Leuteschinden und Bauschwindel anbelangt. Es genügt ihm noch nicht, daß sich die Leute die Finger blutig arbeiten, sie müssen so arbeiten, daß sie sich die Arme verstauchen. Hat jener Herr sein „Klän, Klän!“ zum Antreiben, so muß bei Herrn Sch. Alles „schlepen und pieken“, nur immer „schlepen und pieken“. Trotzdem täglich 15–20 Arbeiter nach Arbeit anfragen, stellt er dennoch keine ein, denn ein Geselle mache ihm mehr wie drei Arbeiter, also profitire er an jedem Gefellen 20–30  $\frac{1}{2}$  pro Stunde. Wer aber auch nicht für drei Arbeiter „schlepen und pieken“ kann, der muß gehen. Das Sprechen bei der Arbeit kann Herr Schwaal nicht leiden, dann ist er gleich mit der Entlassung zur Hand, und ist er einmal eine Stunde zur Erlangung von seiner Treibeerei vom Bau weg, so heißt es gleich bei der Rückkunft: Na, Ihr habt wieder nichts gethan. Die Originalausbrüche dieses Herrn lassen sich hier nicht gut wiedergeben. Für eine Baubude oder eine Retirade wird nicht gesorgt. Die Benutzung der letzteren würde auch zu viel Zeit in Anspruch nehmen. Der Abort ist auf das Primitivste eingerichtet: ein gewöhnlicher Eimer und eine Latte darüber, mehr kann dafür nicht angewandt werden. Man muß sich nur wundern, daß die Nachbarn damit zufrieden sind.

Doch nun zur Ausführung des Baues selbst. Der Herr möchte am liebsten aus Schutt und Ziegelschäden Häuser bauen. Zu seinem Bruder sagte er einmal: „Ferdinand, Ferdinand, immer das theure Material, nimm doch Stücke und hinten seinen Schutt rein.“ Er liebt es nämlich sehr, an den Nachbargrundstücken nur einen halben Ziegel vorblenden zu lassen und dann hinten „seinen Schutt“ hineinschütten zu lassen. Mit Stücken wird auch jetzt das Kellergeschoß in der Langen Reihe ausgeführt. „Wer keine Stücke vermauert“, heißt es immer, „dem kann ich nicht so viel Lohn geben, dem muß ich 5  $\frac{1}{2}$  pro Stunde abziehen. Ein Kollege Sch. versteht es ausgezeichnet, mit diesen Stücken zu arbeiten, und wenn die übrigen Gesellen das Fußchen nicht so fertig bringen, so heißt es: „Wenn Sie nicht verstehen, mit Stücken zu arbeiten, so scheeren Sie sich weg.“ Kollege Sch. mauert mit diesen Stücken noch stehende Verzahnung, indem er ein Ziegelfstück einen Zoll über dieselbe schiebt und die Verzahnung der beiden Gebäude ist hergestellt. Für dieses Kunststück und für den Umstand, daß er des Abends etwas länger auf der Baustelle bleibt, um zu berichten, ob auch Jemand während der Abwesenheit des Unternehmers aufgesehen hat, bekommt Sch. auch jeden Sonnabend M. 3 extra in die Hand gedrückt.

Ein Maurer schreibt in demselben Blatte:

„Trotzdem schon in mehreren Versammlungen Klage geführt worden ist über die sich vielfach im lebenden Zustande befindlichen Aborte, scheint seitens der Behörde

noch wenig Abhülfe geschafft worden zu sein. J. B. müssen die Arbeiter auf dem Bau des Maurermeisters Perrey, Mittelgrabenstraße, ihre Nothdurft in einer Dungsgrube verrichten, denn einen Abort giebt es nicht. Man scheint zu glauben, daß das für die Arbeiter gut genug sei.“

**Risiko der Bauarbeiter.** Aus Rheindt (Regierungsbezirk Düsseldorf) wird berichtet:

„Beim Aufzug eines Hängegerüsts für den Anfrich eines Hauses an der Friedrich-Wilhelmstraße riß einer der den Flaschenzug haltenden Dachhaken, als das Gerüst bis fast an das Giebelmümpferemporgezogen war. Das Gerüst fiel herab und mit ihm zwei darauf befindliche junge Anstreichergefellen. Einer stürzte so unglücklich auf den Rinnesteinbord, daß er das Rückgrat brach, der Andere kam mit einem Rippenbruch davon.“

An einem Neubau beim Ottenfener Park brach, nachdem die Arbeiter sich bereits entfernt hatten, das Facadengerüst der dritten Etage, etwa vier Meter lang, zusammen. Zum Glück ist kein Mensch dabei verunglückt.

## Die Folgen schwindelhafter Bauausführung.

Am Vormittag des 24. November v. J. kürzte die Nordseite des vom Bauunternehmer D. Hädrich in der Charlottenstraße in Leipzig-Neuditz aufgeführten und noch nicht ganz fertiggestellten Eckneubaus ein. Das Gebäude, welches Hädrich für einen Finanzmann baute, war zum Theil nicht aus dem vorgeschriebenen Material errichtet und brach in sich zusammen. Leider verunglückten bei dem Einsturz von dem 28 Mann starken Baupersonal neun Personen, von denen drei das Leben einbüßten. Wir berichteten seinerzeit ausführlich über den Unglücksfall. Am 6. Mai hatten sich nun der Bauunternehmer Hädrich, der Maurerpolier Schindler und der Baurevisor Hiersemann vor der Strafkammer II des Leipziger Landgerichts zu verantworten. Die Anklage lautete auf fahrlässige Tödtung und fahrlässige Körperverletzung, hervorgerufen durch Fehlen gegen die anerkannten Regeln der Baukunst, sowie Ausführung eines Baues ohne behördliche Genehmigung. Es wird Hädrich zur Last gelegt, daß er bereits am 4. September 1894 mit dem Bau begonnen hat, trotzdem erst am 1. Oktober 1894 die Bautionsektion vom Rathe der Stadt erteilt wurde, und daß ein Grundpfeiler, statt aus harten Klinkersteinen und Zement, aus alten Ziegelsteinen und Kalk, und die Mauerpfeiler, die die eisernen Träger tragen sollten, aus alten, nicht porösen Steinen, sowie daß die Querbalken vorchriftswidrig aus zu schwachem Material hergestellt waren. Schindler als Bauausführer und Hiersemann als Baurevisor haben dies, ohne Einsprache zu erheben, zugelassen. Der Pfeiler 9, dessen Zusammendrücken den Hauseinsturz zur Folge hatte, ist statt aus harten Klinkersteinen und Zementmörtel, schon bevor die Bautionsektion erteilt war, aus alten brüchigen und lockeren Steinen, die von einem Abbruch herrührten, und aus schlechtem Kalkmörtel hergestellt worden. Die Maurer haben beim Arbeiten mehrfach über das schlechte Steinmaterial geklagt, ebenso hat der Kalkbörger auf den schlechten Kalkmörtel aufmerksam gemacht. Hiersemann wird beschuldigt, daß er den Tod mehrerer beim Einsturz Verlester und die Verwundung mehrerer Arbeiter aus Fahrlässigkeit durch Außerachtlassung einer Berufspflicht insofern herbeigeführt hat, als er bei den Revisionen fahrlässig gehandelt und besonders nach Ertheilung der Bauerlaubnis nicht untersucht hat, ob die mit Klinkersteinen zu bauenden Mauertheile auch der Anordnung entsprechend ausgeführt worden waren. Hiersemann erklärt, daß er den Pfeiler nicht ganz gesehen habe, liege an dem unglücklichen Umstand, daß die Pfeiler in ihren unteren Theilen zu weit mit Gerüsten bedeckt waren. Die obersten sichtbaren Theile der Pfeiler waren vorchriftsmäßig aus Klinkersteinen mit Zementmörtel hergestellt und da konnte er wie jeder einfache Maurer daraus schließen, daß die unteren Theile aus dem gleichen Material hergestellt worden seien, denn keinem Laien oder Maurer fällt es ein, wie Hädrich das gethan hat, schlechtes Material unten und das gute Material oben zu verwenden. In der Voruntersuchung hat Hiersemann erklärt, daß der Bau in der Charlottenstraße von Hädrich eigentlich noch besser ausgeführt worden ist, als frühere Bauten. — Die Sachverständigen erklären auf Befragen des Vorsitzenden, daß man von einem Maurergefellen nicht technische Kenntnisse verlange und auch nicht erwarte, daß er sich um die technischen Dinge kümmere. Der Geselle soll seine Zeit nicht vergeuden, er soll arbeiten, denken soll der Bauführer. Material vom Abbruch sieht man von vornherein als minderwerthig an, weil den Ziegelfsteinen doch stets eine Kalkschicht anhaftet, die es verhindert, zu erkennen, ob die Steine gut durchgebrannt sind oder nicht. Bei guten Bauten wird altes Material deshalb nicht verwandt. — Der Staatsanwalt beantragt die Verstrafung, aller drei Angeklagten und bittet, bei Hädrich zu berücksichtigen die große Fahrlässigkeit und den traurigen Ausgang der ganzen Katastrophe. Das Urtheil lautet: Hädrich wird wegen Vergehens nach §§ 222, 230, 330 und 367, 15 des St.-G.-B. unter Anrechnung von drei Monaten auf die Unteruchungshaft zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, Schindler wegen Vergehens gegen die §§ 222, 230 und 330 des St.-G.-B. zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt, dagegen der Baurevisor Hiersemann von der erhobenen Anklage freigesprochen.

**Die größte Windmühle der Welt** dürfte wohl diejenige sein, welche ein Amerikaner, Namens Butler auf Long-Island, im Hafen von New-York, erbaut hat. Das Internationale Patent-Bureau Carl Fr. Reichelt, Berlin NW, berichtet darüber:

Dieselbe, nach altem europäischen System konstruiert, besteht im Ganzen eine Höhe des Gebäudes von 45 Meter; die Säulen, deren Enden untereinander durch einen Ring verbunden sind, haben eine Länge von 6 Meter. Die ganze Mühle ist durchaus in Holz ausgeführt und auf massiven Steinquadern fundamementiert, die Balken des Untergestelles sind 52 Zentimeter stark. Das Mühlengebäude enthält inwendig 10 Etagen, die durch Treppen miteinander verbunden sind, welche schließlich oben zu einer rings um das Gebäude laufenden Gallerie führen, von welcher aus man eine herrliche Aussicht auf Newyork und den Hafen hat. Durch die Mühle wird ein Pumpwerk in Bewegung gesetzt, welches das Wasser in ein 180 Meter davon entferntes, 67 Meter höher wie die Pumpe stehendes Bassin von 300 Kubikmeter Inhalt schafft. Die echt amerikanische Idee, welche hier ein mehr als Schaustück dienendes Werk geschaffen, dient in ihrer Verkörperung dem Besitzer mehr dazu, Geld durch Besichtigung der Mühle zu verdienen, als dies durch den Betrieb derselben möglich wäre.

**Sozialpolitisches.**

Die Umsturzvorlage ist in voriger Woche vom Reichstage abgelehnt worden. Dieselbe ist natürlich irgend welchen Nachruf nicht werth, und am allerwenigsten denken wir daran, ihr einen solchen zu widmen. Interessant ist indessen, wie sich das Schicksal der Vorlage vollzog. Für die Knebelung der Arbeiter war im Reichstage ganz zweifellos eine Majorität vorhanden. Die Knebelung der Arbeiter auf Grund des gemeinen Rechts hat aber zur Folge, daß etwaige Kaufschuldbestimmungen auch gegen andere Gesellschaftskreise angewandt werden können, und das ist eine sehr heikle Sache. Nun versuchten alle reaktionären Reichstagsparteien, die bekanntlich in ihrer Gesamtheit die Majorität bilden, jede in ihrer Art, die Vorlage so zu verlaufen zu lassen, daß die betreffende Partei ebenf. ungeschoren blieb. Das ging natürlich schlecht an. Da geriethen sich die Herren Reaktionäre untereinander selbst in die Haare, und so wurde die Umsturzvorlage selbst umgestürzt. Die Umstürzkünstler sind also trotz ihres guten Willens, den Fortschritt zu hemmen, mit ihrem Latein so gut als zu Ende.

Weitere Beschränkung des Versammlungsrechtes. Die Regierungspräsidenten haben neuerdings die Aufsichtsbehörden angewiesen, die unterstehenden Disziplinverwaltungen besonders darauf aufmerksam zu machen, daß nach Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts alle Vereine, welche neben anderen auch politische Erörterungen in Versammlungen bezwecken, als politische Vereine der Beschränkung unterliegen, daß Schüler, Frauen und Lehrlinge Versammlungen derselben auch dann nicht beiwohnen dürfen, wenn diese ausschließlich anderen Zwecken als politischen Erörterungen dienen sollen (z. B. geselligen Unterhaltungen und Vergnügungen).

Die sozialdemokratische Presse vor zwanzig Jahren und heute. Nach dem „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“ zählte die Arbeiterpresse deutscher Junge, politische und gewerkschaftliche, gegen Ende des Jahres 1872 ungefähr 20 Organe mit zusammen 35 000 Abonnenten, wobei die Schweizer Zeitungen: „Die Tagwacht“, „Das Felleisen“, „Der Rüttler“ und die „Selbstliche Typographia“ (Buchdrucker-Zachblatt) mitgezählt sind. Es möchte sich vielleicht verlohnen, an der Hand von „Die deutsche Arbeiterpresse der Gegenwart, von Dr. A. Held, 1873“, einen Blick auf die einzelnen Zeitungen zu werfen. Zuerst die Gewerkschaftsblätter, welche theils von sozialdemokratischem Geiste erfüllt sind, theils gegen sozialpolitische Theorien sich gleichgültig verhalten, theils in bewußtem Gegensatz zur Sozialdemokratie stehen. Zur ersten Kategorie gehören nur zwei Blätter: „Der Vorkämpfer, Organ der deutschen Zigarrenarbeiter“, redigirt von dem Abgeordneten F. W. Frischie in Berlin, wöchentlich einmal erscheinend, und „Der Genossenschaftler, Organ des Gewerkschaftsvereins der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandter Berufsgruppen“, welcher in Wörzheim wöchentlich einmal erscheint. Zur zweiten Kategorie der Gewerkschaftsblätter, d. h. zu denen, welche sich lediglich um die Interessen ihrer speziellen Gewerkschaft kümmern, gehören drei Zeitungen: „Der Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“, wöchentlich zweimal in Leipzig erscheinend, „Der Correspondent der deutschen Hutmacher“, monatlich einmal in Leipzig herauskommend, und „Der Sprechsaal, Organ für die Porzellan-, Glas- und Thonwaren-Industrie“, welcher wöchentlich einmal in Koburg erscheint. — Zu den politischen Zeitungen, welche den sozialdemokratischen Standpunkt vertreten, gehören folgende zehn Blätter: 1. „Der neue Sozialdemokrat“ in Berlin, Organ des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ (Kassellener), herausgegeben von Hasenleber und Hasselmann, wöchentlich dreimal; 2. „Der Volksstaat“, Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften (Eisenacher Richtung), zweimal wöchentlich unter Leitung von Bebel und Liebknecht in Leipzig erscheinend; 3. „Die Chemnitzer Freie Presse“, wöchentlich sechsmal; 4. „Der Ermittler“, wöchentlich sechsmal; 5. „Der Braunschweiger Volksfreund“, wöchentlich sechsmal, Redakteur Bernhard Becker; 6. „Die demokratische Zeitung“, wöchentlich sechsmal in Berlin, redigirt von C. Lübeck; 7. „Das Fürther demokratische Wochenblatt“, einmal wöchentlich, redigirt von Hans Wörlein; 8. „Der Dresdener Volksbote“, wöchentlich sechsmal, redigirt von Otto Walzer; 9. „Die demokratischen Blätter, Zeitschrift für politische und soziale Fragen“,

herausgegeben von S. Kofosky, alle fünf Wochen in Königsberg erscheinend, und zum Schluß als 10. „Die Leuchttugeln“, ein Wipblatt, als Beilage des „Braunschweiger Volksfreund“. Zusammen also an politischen Organen: 5 täglich erscheinende Zeitungen, 1 dreimal wöchentlich, 1 zweimal wöchentlich, 1 einmal wöchentlich, 1 Zeitschrift (alle 5 Wochen) und 1 Wipblatt. An gewerkschaftlichen Organen: 1 wöchentlich zweimal erscheinende Zeitung, 3 wöchentlich einmal und 1 monatlich einmal. — Vergleichen wir damit den heutigen Stand der sozialdemokratischen Presse, wie ihn das Protokoll vom Frankfurter Parteitag (1894) darlegt. Wir finden dort aufgeführt als politische Blätter:

37	wöchentlich	sechsmal	erscheinende	Zeitungen
20	"	dreimal	"	"
9	"	zweimal	"	"
8	"	einmal	"	"

zusammen also 74 Blätter. Außerdem erscheinen: „Vorwärts, Berliner Volksblatt, Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, sechsmal wöchentlich in Berlin, mit 45 000 Abonnenten, „Der Sozialdemokrat, Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, einmal wöchentlich in Berlin erscheinend mit 5700 Abonnenten, wovon 600 auf das Ausland entfallen, „Die Neue Welt“, illustriertes Unterhaltungsblatt, wöchentlich einmal in einer Auflage von 166 000 zu Hamburg im Parteiverlage erscheinend (wird einer Reihe von Parteizeitungen als Sonntagsblatt beigegeben), „Die Neue Zeit, Revue des geistigen und öffentlichen Lebens“, wöchentlich einmal unter Redaktion von R. Kautsky in Stuttgart erscheinend, zwei Wipblätter: „Der wahre Jakob“ in Stuttgart und „Der Süddeutsche Postillon“ in München. Im Ganzen somit 80 Blätter. Der „Neue Welt-Kalender“, in Hamburg erscheinend, wird von Seiten der Partei (1895) in einer Auflage von 130 000 hergestellt und verbreitet. Als Gewerkschaftsorgane sind verzeichnet:

1	dreimal	wöchentlich	erscheinendes	Organ,
27	einmal	"	erscheinende	Organe,
2	dreimal	monatlich	"	"
19	zweimal	"	"	"
4	einmal	"	"	"

zusammen 53 Organe. In Summa Summarum zählt also die sozialdemokratische Presse Deutschlands 133 Blätter, hat sich demnach innerhalb zwanzig Jahren, trotz des Sozialistengesetzes, welches manche Zeitung zeitweilig vernichtet hatte, ganz anständig vermehrt. Diese Thatsache allein liefert den anschaulichen Beweis, wie sehr „das sozialdemokratische Gijl“ trotz aller Verfolgungen um sich gefressen hat. Und das freut uns, weil es zu großen Erwartungen für die Zukunft berechtigt.

Aus den Arbeitsämtern. Beim Arbeitsamt in Stuttgart sind im April (dem ersten Monat seit dem Bestehen des Instituts) 1727 Gesuche um Arbeit eingelaufen, während nur 1372 Arbeiter gesucht wurden. 547 Gesuche von Arbeitern wurden erledigt, die übrigen 1180 Arbeiter erhielten keine Stelle. — Beim Arbeitsamt Ravensburg wurden, ebenfalls im ersten Monat, 232 Gesuche um Arbeit angebracht und 211 Arbeiter gesucht; aber nur 65 Arbeiter waren so glücklich, Arbeit zu erhalten.

Billige Arbeitskräfte für die Agrarier sollen nach wie vor aus Russisch-Polen und Galizien bezogen werden können. Die anfänglich nur auf drei Jahre ertheilte Ermächtigung, solche Arbeiter zur vorübergehenden Beschäftigung zuzulassen, ist nunmehr vom preussischen Minister des Innern den Oberpräsidenten in dem bisherigen Umfange und unter Aufrechterhaltung der bisherigen Vorschriften von Neuem ertheilt worden. Dabei ist jetzt von einer zeitlichen Begrenzung der ertheilten Ermächtigung und von einer einheitlichen Regelung der Vorschriften über die Zulassung der ausländischen Arbeiter abgesehen und an dem bisherigen, den örtlichen Bedürfnissen sich anpassenden Vorgehen festgehalten worden. „Der nationalen Seite der Frage wird auch in Zukunft besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden“, bemerkt recht salbungsvoll dazu die „nationalen“ Blätter, und fügen weiter an: „Namentlich muß verhindert werden, daß die einheimische deutsche Arbeiterbevölkerung etwa durch die fremden Elemente verdrängt und zum Verlassen der Heimath bestimmt wird.“

Als ob den Bourgeois — ob Rentiers, Schlot- oder Krautjunker — etwas an der Verdrängung der deutschen Arbeiterbevölkerung gelegen wäre, wenn durch Verwendung von Slaven sich eine billigere und darum profitablere Produktion erzielen läßt.

Die zahlreichen Festtage des Mittelalters sind bekanntlich ein sehr wichtiger Schutz der Arbeiter vor Ueberanstrengung im Verufe gewesen. In dem Maße, als sich die industrielle Unternehmerrasse der neueren Zeit herausbildete, hat man im Interesse dieser Klasse die Zahl der Festtage fortgesetzt beschränkt. Trotzdem sind den Unternehmern die wenigen übrig gebliebenen Festtage immer noch zu viel und wo es irgendwie geht, drängen sie darauf hin, auch diese abzuschaffen, so daß in der Hauptsache nur noch die altersgrauen Feste Weihnachten, Neujahr, Ostern und Pfingsten vor ihrer Vergehlichkeit nach Profit sicher zu sein scheinen. In Bayern ist es ihnen jetzt geglückt, eine abermalige Schmälerung der Festtage zu erreichen, wie folgende Nachricht aus München beweist: „Die Staatsregierung hat nun die Festtage bestimmt, die nach der Reichs-Gewerbe-Ordnung den Bestimmungen über die gewerbliche Sonntagsruhe unterliegen sollen. Dadurch wird ein Theil der Feiertage, die wohl in den einen, nicht aber in allen Regierungsbezirken gelten, diesen Bestimmungen entrückt. Doch darf

dort, wo diese Feiertage gelten, keine Lärrende oder die öffentliche Feiertagsstimmung störende Arbeit verrichtet werden. Es darf also nur ruhige Arbeit in geschlossenen Räumen vorgenommen werden. Ferner ist am Vorabend die Arbeit nicht beschränkt. Abgesehen von der Schaffung eines präzisen Rechtszustandes, ist mit der gewerbegesetzlichen Deteriorierung einer Anzahl Feiertage, namentlich mit der Ermöglichung der vollen Arbeit am Vorabend einem Wunsche der Arbeitgeber entsprochen. Dagegen wollen, wie man hört, in verschiedenen Branchen die Gehülfen sich der Arbeit an den betreffenden Feiertagen widersetzen.“

Die Gehülfen haben, wie eingangs argebetet, einen triftigen Grund dazu, sich gegen diese „Deteriorierung“ — die wörtlich die Verschlechterung eines Stück Landes, hier in Beziehung auf die Zahl der Feiertage bedeutet — zu wehren, wenigstens so lange zu wehren, als nicht der Achtstundentag Gesetz geworden ist, der gegen Ueberanstrengung allerdings viel grünlicher schützt als die paar noch vorhandenen Feiertage es können.

**Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.**

Mainaufregelungen werden auch in diesem Jahre in großer Zahl gemeldet. In Berlin maßregelte der Zimmermeister Meyer drei Kameraden, die am 1. Mai nicht zur Arbeit gekommen waren. Auf dem Büdenbergwerk bei Zwickau durften 6 Bergleute nicht wieder ansfahren, weil sie sich am Abend des 1. Mai nicht ausbeuten ließen. In Berlin ist eine Anzahl Bildhauer gemäßregelt. Auch ein Schneidermeisterlein in Leipzig machte seiner Wuth gegen die Maßfeiern, zu denen seine Gesellen gehörten, Luft, indem er seine Gesellen entließ. Auf einem Bau in Halensee sind 6 Arbeiter, weil sie zu den Maßfeiern gehörten, entlassen worden. In Königsberg i. Pr. sind 80 Arbeiter, der Stellmacher, der Tischler- und der Metallbranche angehörend, gemäßregelt worden. In Martrankstadt in Sachsen ist ein Metallarbeiter gemäßregelt worden, weil er um Freigabe des 1. Mai beim Fabrikanten vorfällig wurde. In Innsbruck sind sämtliche Siebmacher ausgeschlossen worden. Daß bei alledem auch wichtige Erscheinungen aufraten, ist selbstredend. In Düsseldorf entließ ein Ausbeuter seine 6 Arbeiter, weil sie am 1. Mai gefeiert hatten. Er stellte sofort 6 andere Arbeiter an und Abends, am Stammtisch, mußte er erfahren, daß seine Arbeiter bei seinem Bierbruder und dessen Arbeiter bei ihm zu arbeiten angefangen hatten. Tags zuvor hatten sich die Bierbrüder zu dem Maikampf verabredet. Sie haben sich dann Beide geuzt und hätten sich bald noch verhalten, weil keiner daran Schuld haben wollte, daß diese Maßregelung garnichts genutzt hatte.

Aus Heidelberg wird uns geschrieben: Die Lohnbewegung der Zimmerer scheint für dieses Jahr ihren Abschluß gefunden zu haben. Die Meister haben in ihrer Art furchtbar geschickt gehandelt. Sie sahen ein, daß jedes Sträuben gegen die Forderungen nur Del in's Feuer gießen bildete und da schlugen sie einen anderen Weg ein. Am letzten Sonnabend bei der Lohnzahlung bearbeiteten sie Jeden einzeln, je nachdem sie wußten, daß er es vertragen konnte. Einen schnauzten sie tüchtig an, dem Anderen redeten sie irgend etwas vor, dem Dritten machten sie große Versprechungen usw. Im Allgemeinen wurde der Tagelohn um 10 bis 20 % aufgebessert und dafür verlangt, daß sich Niemand mehr an der Bewegung beteiligen solle. Die Heidelberger Meister wissen, daß unter den hiesigen Zimmerern noch viele große Feil sind. Sie glauben deshalb, auf diese Weise unseren Lohalverband unterdrücken und dann das alte Lohnverhältniß wiederherstellen zu können. Ob sie richtig rechnen, müssen wir abwarten.

Flugblätter, in denen zum Anschluß an unseren Verband aufgefordert wird, sind in voriger Woche in Dortmund und Görtlich verbreitet worden. Zu dem ersteren wird darauf hingewiesen, daß in Dortmund der Stundenlohn der Zimmerer zwischen 32 und 38 % schwankt, daß meistens 34 und 35 % gezahlt, aber nur selten 40 % Stundenlohn erreicht wird. Da die Zimmerer im Winter selten oder gar keine Arbeit haben, betont das Flugblatt sehr richtig, kann man sagen, die Löhne in Dortmund langen nicht zu, um auch nur die allerbescheidensten Bedürfnisse befriedigen zu können. Noch ist es Zeit, das Flugblatt wartet nicht, bis es zu spät ist. Durch Masseneintritt in den Verband werden wir unseren Arbeitgebern Respekt einflößen. Hoffentlich werden beide Flugblätter ihren Zweck nicht verfehlen.

**An die Zimmerer in den Provinzen Posen und Schlesien richtet sich folgender**

Aufruf!  
Laut Beschluß des vorjährigen Provinzial-Verbandstages für die Zimmerer in Posen und Schlesien beruft die unterzeichnete Kommission den diesjährigen Provinzial-Verbandstag zum Montag, den 3. Juni, nach Wlęgnik ein, und zwar nach dem Gasthaus „Zu den drei Bergen“, Hahnauerstraße 7.  
Der Provinzial-Verbandstag wird Vormittags 8 Uhr dortselbst eröffnet.  
Als vorläufige Tagesordnung wird festgesetzt: Bureauwahl, Rechnungslegung, Bericht der Kommission über ihre Thätigkeit, Berathung und Beschlußfassung über eingegangene Anträge, Neuwahl der Agitationskommission und Verschiedenes.  
Die Verhandlungen werden voraussichtlich zwei Tage in Anspruch nehmen, trotzdem wird es jedem Lohalverband möglich sein, sich durch einen oder mehrere

Delegierte vertreten zu lassen, weil die Pfingsttage ausgewählt sind.

Kameraden! Jeder wird einsehen, daß in unseren Provinzen noch viel Agitationsarbeit zu thun übrig bleibt, denn noch ist es nur eine kleine Anzahl Zimmerer, die zu unserer Organisation gehört.

Unsere Organisation auszubreiten, sie zu befestigen, das ist der Zweck des Provinzial-Verbandsstages.

Die Agitationskommission der Zimmerer für Posen und Schlesien. J. A.: Hermann Schmidt, Breslau, Neue Tauenzienstr. 82, II.

Um die Demmler'schen Legate wird zwischen den Demmler'schen Erben und den Maurern, sowie unseren Kameraden in Schwerin vor Gericht wieder gestritten.

Lohnbewegungen stehen in letzter Zeit allerwärts an der Tagesordnung. In Berlin haben eine Anzahl Korbmacher wegen Lohnhöhen die Arbeit eingestellt.

Wollten wir neben diesem Auszug noch die Lohnbewegungen registrieren, die vom Auslande gemeldet werden, dann würde die Liste mindestens noch zweimal so lang.

Der Knopfarbeiterstreik in Schmölln ist, wie im Altenburger „Wähler“ mitgeteilt wird, beendet.

Situationsbericht der Generalkommission.

Der Streik der Steinseher in Stettin ist nach 13 Monate langem Kampfe zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Der Streik der Diamantarbeiter in Amsterdam ist zu Gunsten der Arbeiter beendet.

In der Palmkernfabrik von Heins & Alsdorf in Harburg a. d. E. haben sämtliche Arbeiter, 62 an der Zahl, am 29. April die Arbeit eingestellt.

eine Lohnhöhung von 25 % pro Tag. Die Löhne betragen bisher pro Tag M. 2,45 und M. 2,75.

Die Glasarbeiter in Stralau bei Berlin sind mit ihren Arbeitgebern in Differenzen gerathen.

Ueber die Stellung des Bildhauerverbandes zur Generalkommission

Unsere Stellung zu der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist eine unveränderte, da unserer Meinung nach eine Aenderung darin nur die Generalversammlung treffen kann.

Dem Auftrage der konstituierenden Versammlung des Zentralvereins gemäß haben wir einen Vertreter zu dem Holzarbeiterkongreß in Halberstadt entsendet.

Das Karlsruher Gewerkschaftskartell warnt vor dem Bierbrauer Kieper.

Aufruf an die Arbeiter aller Länder. In der Schweiz, dem Jura entlang, führen die Uhrenfabrikanten in den Gemeinden Grenchen, Bettlach und Langendorf, Kanton Solothurn, ein Schreckensregiment über ihre Arbeiter und Arbeiterinnen.

Wohnabzüge sind seit Jahren an der Tagesordnung. Es giebt Uhrenfabriken, in denen der Durchschnittslohn eines Arbeiters Frs. 2 pro Tag nicht übersteigt.

Mit einem alle menschlichen Begriffe übersteigenden Hohn und prozigen Uebermuth setzen die dortigen Uhrenfabrikanten 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen mit zusammen 1200 Kindern auf's Pflaster.

Um die Beutejagd ungehinderter betreiben zu können, sollten die Arbeiterorganisationen geprengt werden.

Was wir glauben, daß es nur in monarchischen Staaten vorkomme, ist mit ungläubiger Frechheit und Brutalität von Fabrikanten der Alpenrepublik verübt worden.

Schon seit sechs Wochen dauert dieser Zustand. Mit der Hungerpeitsche sollen die Ausgesperrten dressirt werden.

Trotzdem die Ausgesperrten mit Muth und Ausdauer ihr Geschick tragen, ist doch die Noth unter denselben groß.

Was die Opferwilligkeit und Solidarität der schweizerischen Arbeiterkraft zu leisten im Stande ist, wird gethan, um den Ausständigen die Nothlage lindern zu helfen.

Gewiß ist es Aufgabe der Arbeiter aller Nationen, daß sie den bedrängten Uhrenarbeitern und Uhrenarbeiterinnen ihre Hülfe angeheihen lassen.

Wir kommen deshalb mit der Bitte an Euch, den nothleidenden Genossen der Uhrenindustrie in der Schweiz Eure Hülfe anzugehen zu lassen.

zu dürfen, daß Ihr, im Hinblick auf die bereitwillige Opferwilligkeit, welche die Schweizer Genossen in politischen und gewerkschaftlichen Beziehungen den Genossen des Auslandes schon öfter erwiesen haben, die Pflichten der internationalen Solidarität gegenüber den Schweizer Genossen erfüllen werdet.

Einsendungen sind an Emil Hug, Drahtzugstr. 47, Zürich V, zu adressiren.

Zürich, den 10. Mai 1895. Das Comité des Schweiz. Gewerkschaftsbundes.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Die „Milbe“ der deutschen Strafgesetze für politische Vergehen wird durch die Strafausbeute des Monats April erneut illustriert.

Alles in einem Monat. Wozu braucht man da noch Umsturzesetze!

Sächsische Umsturztatistik. Im Jahre 1894 wurden in Sachsen 3 Vereine verboten, 70 Vereine, (14 politische, 20 gewerkschaftliche, 27 Gesangsvereine, 9 Turnvereine) aufgelöst.

Aus Osnabrück wird gemeldet: In der Brenzler'schen Schuhfabrik sind kürzlich Differenzen vorgekommen, die auch in Verfammlungen besprochen wurden.

Wir beschleunigen dem Zwider P. P., daß dieser seit dem 27. April 1894 bis dato bei uns in Arbeit gestanden hat, dann aber von uns wegen grober Verleumdung, die er in öffentlicher sozialdemokratischer Versammlung über seinen Arbeitgeber ausgesprochen hat, sofort ohne Kündigung auf polizeiliches Anrathen entlassen ist.

Natürlich ist dieser Entlassungsschein ebenso ungeleglich, wie die Handlungsweise der Polizei unter heutigen Verhältnissen nicht wunderbar ist.

Eine seltene Freisprechung. In Mühlhausen i. Thür. sprach die Strafkammer den Arbeiter Georg Fischer, welcher bei einem Kaiserhoch sitzen geblieben war, von der Anklage der Majestätsbeleidigung frei.

Aus Magdeburg wird über eine interessante Gerichtsentscheidung gemeldet: Die in einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung gewählte Gewerbe-Beschwerdekommmission betrachtete die hiesige Polizei als einen Verein im Sinne des Vereinsgesetzes und forderte das Mitglied Gorgas auf, er solle — als Vorseher — Statuten und Mitgliederliste binnen 3 Tagen der Behörde einreichen.

„Grober Unfug“. In Magdeburg verurtheilte das Schöffengericht mehrere Parteigenossen, weil sie aufgefördert haben, die Säle solcher Wirthze zu meiden.

In Nürnberg sind eine Anzahl Arbeiter unter Anklage gestellt, weil sie abgerathen haben, aus einer boykottirten Fabrik Schuhwaaren zu kaufen.

In Halle a. S. wurde der Parteigenosse Groß wegen Veranlassung einer Zellerfassung gelegentlich einer Versammlung zu einer Geldstrafe von M. 9 und Tragung der Kosten verurtheilt.

Arbeiterversicherung.

Ein sehr nützlichcs Institut, der Sanitätsverband für München, feierte, wie die „Münchener Post“ mittheilt, am 5. Mai den zehnten Jahrestag seiner Gründung.

Verbandsärzte M. 47595,68, es wurden in diesem Jahre von denselben 44 202 Besuche gemacht und in 40 082 Fällen in Sprechstunden Rath ertheilt. Die Zahl der behandelten Mitglieder im Jahre 1894 betrug 20 812, wozu noch 54 Ledige kommen, die sich im Krankenhause verpflegen ließen. Der Verband hat schon manche Thräne getrocknet, schon mancher Familie aus der größten Noth und vielen zu ihrer Genesung verholfen. Die schwere Zeit des Sozialistengesetzes ist jedoch auch an diesem Institut nicht spurlos vorübergegangen, im Mai 1887 wurde der Verband unter polizeiliche Kontrolle gestellt, der erste Vorstand, der erste Kassirer und der Schriftführer abgesetzt und durch andere von der Polizei bestimmte Personen ersetzt. In einer Festschrift, die der Verband herausgegeben hat, sind darüber nähere Angaben gemacht.

### Vermischtes.

**Die mittleren Tiefen der Ozeane** wurden neuerdings durch Karstens in Kiel einer neuen Bearbeitung unterworfen. Murray und Bend hatten 3797 und 3650 Meter gefunden, Heiderich nimmt 3488 Meter und Krümmel 3320 Meter als Mittelzahl an. Auf Grund neuerer, seit 1886 ausgeführter Lothungen erhöht Karstens letztere Zahl auf 3496 Meter. Die Zahlen der verschiedenen Meeresforscher schwanken demnach überhaupt nur zwischen 3377 und 3632 Meter. Die mittlere Tiefe der einzelnen Ozeane würde 3829 Meter für das Stille Meer, 3593 Meter für den Indischen und 3160 Meter für den Atlantischen Ozean betragen.

**Welchen Werth die weggeworfenen Abfallprodukte einer großen Stadt haben**, darüber giebt uns folgende, die englische Hauptstadt betreffende Aufstellung einen Begriff, welche jedoch nur die Werthe angiebt, welche von den städtischen Abfuhrinstituten Londons erzielt wurden, während der von „Privat-Jammellern“ aus den Abfällen gewonnene Erlös wohl noch viel bedeutender sein dürfte. Das große Abfuhrinstitut der britischen Riesenstadt, die 13 400 Kilometer Straßenlängen aufweist, erzielt, wie das Internationale Patentbureau Karl Fr. Reichelt mittheilt, im vergangenen Jahre einen Gewinn aus altem Papier, Pappe usw. von M. 14 800, für Lumpen M. 1200, an Flaschen M. 2700, für Bindfäden und Tanne M. 4500, während Korfküpfel M. 1400, Eisentheile M. 1600, Glascherben M. 2400 einbrachten; Bücher und Zeitschriften ergaben noch M. 700, Kupfer M. 500, Blei M. 600, andere Metalle M. 400; am meisten erzielte das Institut am Verkauf des verbrannten Mülls, dessen Potalidgehalt so bedeutend ist, daß dafür M. 27 000 gezahlt wurden. Außerdem soll sich stets auch eine beträchtliche Summe von baarem, theils in Münzen, theils in Papiergeld im Müll gefundenen Gelde ergeben, dessen Betrag jedoch nicht gut festzustellen ist, da dasselbe natürlich in die Taschen der Müllarbeiter wandert. Das Papier geht meist nach Deutschland, wo die besten Preise dafür erzielt werden sollen; die Korfküpfel werden fortirt, die guten ausgekocht und als solche verkauft, die schlechten gehen an die Linoleumfabriken; Mineralwasserflaschen werden, wenn sie noch gut sind, von den betreffenden Fabriken wieder gekauft und M. 2,50 für das Duzend gezahlt. Auch Eintenschlägen geben gute Verkaufspreise, nämlich durchschnittlich das Stück 10  $\frac{1}{2}$ ; die Weißblechabfälle hat ein Abnehmer im Afford übernommen, der pro Monat M. 25 zahlt. Lumpen ergeben im Durchschnitt M. 9,50 die Tonne, Das Londoner Abfuhrinstitut versteht es wohl wie keine zweite ähnliche Anstalt, die beträchtlichen Unterhaltungskosten durch praktische, rationelle Verwerthung ihrer Produkte zu einem großen Theile zu vermindern.

**Der schwarze Anzug.** Als nach der kurhessischen Verfassung von 1831, so erzählt L. Müller im „Boten aus Oberhessen“, auch die Bauern als Deputirte zum Landtag gewählt wurden, erließen mehrere Sitzungsperioden hindurch ein Schwälmer Bauer, welcher wenig Theilnahme und noch weniger Verständnis mitbrachte und bei allen Abstimmungen sich nur nach der Mehrheit zu richten pflegte. Dieses gab Veranlassung, daß ein höherer Beamter einen einflußreichen Bürgermeister und Wähler der Schwalmgennd fragte, weshalb man immer denselben wenig befähigten Deputirten zum Landtag wählte? Die Antwort war: Weil dieser einmal das „schwarze Werk“ habe. Die Schwälmer tragen meist nur Kleider von weißem Leinen, jener Gewählte hatte sich aber, wie er zum Deputirten gewählt war, einen städtischen Anzug von schwarzem Tuch machen lassen, welchen er nur in Kasse brauchen konnte. Deshalb war und blieb er der einzige qualifizierte Volksvertreter.

### Literarisches.

**Lampa, Naturgesetze und Naturkräfte.** Dieses Buch ist bestimmt, eine Lücke in der naturwissenschaftlichen Literatur auszufüllen; es will dem Laien eine Einführung in die „Naturphilosophie im wahren Sinne des Wortes“ bieten, das heißt, ein auf der exakten Forschung beruhendes Gesamtbild der im Weltall wirkenden Kräfte, wie es ja der Laie in erster Linie vom Naturforscher zu erhalten wünscht.

Eine Naturphilosophie in diesem Sinne scheint dem Verfasser allerdings vorderhand noch ein Ideal, da der heutige Stand der menschlichen Erkenntniß nur ermüdet, einzelne unverrückbare Fundamente zu gewinnen und die Grundlinien des Gemäldes in großen Zügen zu entwerfen. Aber nachstrebend dem Ideale, bringt der Verfasser die Kosmogonie und die Physik in den Kreis der

Betrachtung. Den breitesten Raum in dem Buche nimmt die Lehre von den elektrischen Erscheinungen ein, denn Licht und Magnetismus stellt der Verfasser entsprechend den Ergebnissen der neuesten Forschung im Zusammenhang mit diesen dar.

Das Buch verdankt seine Entstehung einem Zyklus von Vorträgen, welche der Verfasser in einem Wiener Arbeiterbildungsvereine hielt; diesem Ursprung entspricht die Form der Darstellung, welche nach möglichster Klarheit und Verständlichkeit strebt, ohne deshalb auf das Niveau leichter Pseudo-Popularität zu sinken.

Wir können das Buch, welches in 14 Heften erschien und broschirt M. 2,80 kostet, bestens empfehlen. Zu haben Wien VI, Gumpendorferstraße 8, Erste Wiener Volksbuchhandlung.

In demselben Verlage erschien: **Die Arbeiterin im Kampf um's Dasein.** Von Adelheid Popp. 32 Seiten Groß-Oktav. In Umschlag geheftet. Preis 20  $\frac{1}{2}$ . Eine längst empfundene Lücke in unserer Parteiliteratur wird durch diese Schrift ausgefüllt. Es fehlte an einer kurzen, leichtfaßlichen Frauenagitationschrift, welche geeignet ist, auch die der Bewegung noch fernstehenden, indifferenten Arbeiterinnen aufzurütteln und sie über das Wesen des Klassenkampfes zu unterrichten; dies zu thun, ist der Zweck der vorliegenden Schrift. Bei der Wichtigkeit, welche die proletarische Frauenbewegung für den Befreiungskampf des Proletariats hat, ist die weiteste Verbreitung dieser Broschüre wünschenswert.

### Briefkasten der Redaktion.

\* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission für die Lokalvorstände respektive Vertrauensleute bei.

**Briukum.** „Der Arbeiter“ ist uns bis jetzt noch nicht zugestellt worden, woher das kommt, müssen wir erst noch erforschen.

**H. in B.** Wenn dort Jemand den Industrieverband, ein Anderer die Verschmelzung der Presse „aus dem Auge verloren hat“ und Sie den „ehrlichen Funder suchen“ wollen, dann wenden Sie sich gefälligst an dortige Blätter; eine Rubrik mit der Ueberschrift: „Hier kann Schutz abgeladen werden“ führen wir nicht. Hoffentlich bekommen Sie von jenen Blättern auch die übrigen Fragen beantwortet, deshalb wollen wir davon nur eine hier erledigen. Der Unterschied zwischen Ausschluß der Menschheit und Ausschluß einer Organisation wird Ihnen klar, wenn Sie bedenken, daß Sie zu ersterem gehören und deshalb nicht Mitglied des letzteren werden können.

### Berjammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden Berjammlungs-Anzeigen bis zu 3 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

- Bergedorf.** Sonntag, den 26. Mai, Nachmittags 4 Uhr, in „St. Petersburg“.
- Vielefeld.** Sonntag, den 26. Mai, Vormittags 9 Uhr, bei Bögging, Turnerstraße.
- Vochum.** Sonntag, d. 26. Mai, in der „Germaniahalle“.
- Charlottenburg.** Dienstag, den 21. Mai, bei Krause, Bismarckstr. 74.
- Danzig.** Dienstag, den 28. Mai, im Verbandslokal, Breitegasse 42.
- Delmenhorst.** Sonnabend, den 25. Mai, bei Duwe.
- Dortmund.** Dienstag, den 21. Mai, Abends 8  $\frac{1}{2}$  Uhr, bei Wirth Hönnb.
- Essen.** Sonntag, d. 26. Mai, bei Wv. Kraß, Steelerstr. 10.
- Flottbek.** Sonntag, den 26. Mai, bei Schnepel, in Nienstedten.
- Hamburg.** Dienstag, den 21. Mai, Abends 8 Uhr, im „Engl. Tiboli“, St. Georg, Kirchenallee.
- Hannover.** Dienstag, den 28. Mai, in Volste's Restaurant, Neuestr. 27.
- Kellinghusen.** Sonnabend, den 25. Mai.
- Krivitz.** Sonntag, den 26. Mai.
- Lauenburg.** Sonntag, den 26. Mai, Nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal.
- Lübeck.** Dienstag, den 21. Mai, Abends 8  $\frac{1}{2}$  Uhr, bei Sparmann, Hundestr. 101.
- Gr.-Richterfelde.** Dienstag, den 21. Mai, Abends 7  $\frac{1}{2}$  Uhr, bei Scheide.
- Spandau.** Dienstag, den 21. Mai, Abends 8 Uhr, bei Vorf, Staakenstr. 14.
- Wandsbek.** Mittwoch, den 22. Mai, bei Cronau, Hamburgerstraße.
- Waren.** Sonntag, den 26. Mai, auf der Herberge.
- Warin.** Sonntag, den 26. Mai, Nachmittags 4 Uhr, auf der Herberge.
- Wilhelmshaven.** Freitag, den 24. Mai, Abends 8 Uhr, bei Maes in Heppens.

### Anzeigen.

#### Aufforderung an alle Lokalverbände.

Die Kameraden Herrmann Ernst Israel aus Neubnig, Buch-Nr. 16129, und Werner Wagner aus Neuern, Buch-Nr. 11722, sind hier abgereist und haben großartige Andenten hinterlassen: Der Erstere M. 15,90, der Andere M. 5 beim Lokalkassirer und im Logis Beide zusammen M. 179,58. Wir ersuchen alle Lokalverbände, wo sich die Genannten etwa antreffen lassen, sie auf Obiges und ihre Pflicht aufmerksam zu machen.

**Der Lokalverband Düsseldorf.**  
Z. U.: Der Vorstand.

### Lokalverband Schwerin.

Das Vereinslokal befindet sich jetzt bei Herrn **Orgosolki, Großer Moor 49.**  
[M. 1,50] Der Vorstand.

## Slomke's Städtebuch

für reisende Arbeiter, Handwerker und Künstler, 884 Seiten, geb. in Ganzleinen, mit einer zweifarbigen Eisenbahn- und Begetarte von Deutschland. Preis M. 1,60. Auch vorzügliches Tourenbuch für Radfahrer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder gegen Einsendung von M. 1,80 auch in Briefmarken direkt und franko von **G. Slomke's Verlag, Bielefeld.**

### Genossen!

Kauft nur den **„Bleistift „Solidarität“** von **Jean Bloz, Stein bei Nürnberg.**

### Berkehrslotale, Herbergen usw.

(Jahres-Inserat unter dieser Rubrik nebst Gratis-Abonnement gegen Einsendung von M. 8.)

- Berlin N.** Chr. Hilgenfeld, Bergstr. 80, Restauration. Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
- B. Zippe, Marussstraße 14, Eingang Grünerweg. Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
- Julius Raumann, S., Blücherstr. 42, Restauration, Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
- Bergedorf.** Zentralherberge und Berkehrslotal bei Joh. Bez, Töpfertwiete 8.
- Breslau.** Berkehrslotal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse: Oberstr. 3, „Grüner Hirsch“. Zentralherberge „In den drei Tauben“, Neumarkt 8.
- Charlottenburg.** Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jedes Monats: Versammlung. Berkehrslotal sowie Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer beim Kameraden H. Krause, Bismarckstr. 74.
- Danzig.** Vereins- und Berkehrslotal (Privatlokal) des Lokalverbandes, Breitegasse 42. Dasselbe ist nur Abends von 6 Uhr ab geöffnet.
- Dresden.** Berkehrslotal und Herberge: „Gasthof zum goldenen Faß“, Münzgasse 3. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 2. Bezirk.
- Zehl's Restaurant, Mittelstraße 6. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 1. Bezirk, sowie der Zentralkrankenkasse, Zahlstelle I.
- Zimmermann's Restaurant, Schönbrunnstr. 1. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 3. Bezirk, sowie alle 14 Tage der Zentralkrankenkasse, Zahlstelle II.
- Hamburg.** Zentralherberge: Bid (vormals Diehl), Große Rosenstraße 37.
- Hamburg-St. Georg.** Aug. Bräsecke, Steinhörweg 2, Keller.
- Hamburg-Eimsbüttel.** Fr. Lemde, Berkehrslotal Belle-Alliancestr. 49.
- Hamburg-Barmbeck.** Berkehrslotal für Zimmerer, Rud. Ellerbrock, Hamburgerstraße 134, gegenüber der Elbstraße.
- Hamburg-Barmbeck.** D. Memeyer, Wohldorferstr. 9, 2. Et. Vermietung von Zimmererwerkzeug.
- Hannover.** Berjammlungslokal und Zentralherberge bei Volte, Neuestr. 27.
- Harburg.** Berjammlungslokal der Zimmerer u. Zentralherberge bei Herrn Küßenhop, erste Bergstraße 7.
- Kellinghusen.** Herberge und Vereinslokal: H. Brage, „Wollshalle“.
- Leipzig.** Berkehrslotal und Arbeitsnachweis bei Neubauer, Restauration, Universitätsstr. 6. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse „Universitätskeller“, Ritterstr. 7. Herberge Kl. Fleischergasse, Max Soupe's Restaurant. Kassirer der Zentralkrankenkasse: Joseph Frische, Leipzig-Reudnig, Leipzigstr. 3, und August Kaiser, Friedrichstr. 41.
- Lübeck.** Berkehrslotal: Fr. Spahrman, Hundestr. 101. Arb.-Nachw.: J. Strunt, Rosenstr. 14/6.
- München.** Das Berkehrs- und Berjammlungslokal des Lokalverbandes befindet sich im „Passauer Hof“, Dultstraße 4. — Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Vormittags 10 Uhr, findet hier Berjammlungslokal statt.
- Rostock.** Berkehrslotal für die Verbandsmitglieder und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei W. Marien, Beguinenberg 10.
- Stettin.** Berkehrslotal, Logirhaus, Zahlstelle des Verbandes deutscher Zimmerleute und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei Fr. Garrath, Bogislavstr. 22.
- Stuttgart.** Berkehrslotal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse, Holzstraße 18. Zentralherberge, „Gasthaus zum Hirsch“, Hirschstraße 14.
- Wilhelmshaven.** Berkehrslotal u. Herberge im Vereins- und Konzerthaus „Zur Arche“ in Bant. Arbeitsnachweis bei G. Gerdes, Neue Wilhelmshavenerstr. 4.

Druck: Hamburg Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.